

JAHRBUCH
DES
OÖ. MUSEALVEREINES
GESELLSCHAFT
FÜR
LANDESKUNDE

127. Band

1. Abhandlungen



Linz 1982

INHALTSVERZEICHNIS

Manfred Pertlwieser: Hallstattzeitliche Grabhügel bei Mitterkirchen, pol. Bez. Perg, OÖ.	9
Erwin M. Ruprechtsberger: Ein etruskisches Buccerofragment aus Lauriacum	25
Erwin M. Ruprechtsberger: Funde vom Espelmayrfeld in Enns	36
Kurt Holter: Zum Problem der Kultkontinuität an oberösterreichischen Kirchen des Frühmittelalters	43
Othmar Hageneder: Das Land ob der Enns und die Herrschaft Freistadt im späten Mittelalter	55
Egon Ellrichshausen: Die Consuetudinarienbücher im oberösterreichi- schen Landesarchiv	107
Georg Heilingsetzer: Aspekte der Außen- und Innenpolitik bei der Er- werbung des Innviertels durch Österreich (1779)	129
Brigitte Heinzl: Die gemalten Miniaturen der kunsthistorischen Abteilung des OÖ. Landesmuseums	165
Heinz Unger und Josef Schwarzmeier: Die Tektonik im tieferen Unter- grund Ostniederbayerns	197
Hubert Nagl: Zur eiszeitlichen Vergletscherung des Sternsteins, Oberösterreich	221
Peter Baumgartner und Hans Sordian: Zum horizontalen und verti- kalen Aufbau des Erd- und Schuttströmekegels des Gschlieffgrabens am Traun- see bei Gmunden (Oberösterreich)	227
Gerald Mayer: Winterauftreten und Zug des Buchfinken (<i>Fringilla coelebs</i>) in Oberösterreich	237
Gerhard Aubrecht: Alpenspitzmaus (<i>Sorex alpinus</i> SCHINZ) im Mühlviertel . .	261
Besprechungen und Anzeigen	263

ASPEKTE DER AUSSEN- UND INNENPOLITIK BEI DER ERWERBUNG DES INNVIERTELS DURCH ÖSTERREICH (1779)*

Von Georg Heilingsetzer

Inhaltsübersicht

Einleitung	129
1. Das außenpolitische System in Europa	131
2. Österreich und Bayern, Habsburg und Witelzbach bis zum Tode Max III. Joseph (1777)	136
3. Vom Tode Max Josephs bis zum Ausbruch des Krieges	141
4. Der Bayerische Erbfolgekrieg	146
5. Der Friede von Teschen	150
6. Die Monarchie am Ende der thesesianischen Ära	152
7. Das Land ob der Enns und die Eingliederung des Innviertels	154
Ergebnisse	162

Einleitung

Seit einiger Zeit ist in der Geschichtswissenschaft eine heftige Diskussion im Gange um den Vorrang der außen- oder innenpolitischen Betrachtungsweise. Leopold von Rankes Vorstellungen vom »Primat der Außenpolitik« ist antithetisch die Forderung nach dem »Primat der Innenpolitik«¹ entgegengesetzt worden. Dagegen wurde aber erst jüngst wieder betont, daß gegenüber einer ausschließlichen Betrachtungsweise, vor allem von seiten der modernen Sozial- und Gesellschaftsgeschichte, tatsächlich einer Betrachtungsweise der Vorzug zu geben sei, die der »Interdependenz« der Faktoren Rechnung trage², und das scheint vor allem für die Zeit des »Ancien régime« in Europa Gültigkeit

* Dieser Aufsatz stellt die erweiterte und mit Anmerkungen versehene Fassung eines Vortrages dar, den der Verfasser zum 200jährigen Gedenken an den Frieden von Teschen und die Erwerbung des Innviertels gehalten hat. Das Manuskript wurde im Herbst 1980 abgeschlossen.

1 So der Titel einer Aufsatzsammlung des 1933 in den USA mit 31 Jahren verstorbenen Historikers Eckart Kehr. (Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. und eingeleitet von H. U. Wehler, Berlin, 1965, 21970.)

2 P. Baumgart, Epochen der preußischen Monarchie im 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift f. historische Forschung 6 (1979), 287 ff.

zu haben. Denn es ist bezeichnend, daß die Auseinandersetzung um den »Primat« fast ausschließlich von Historikern des 19. und 20. Jahrhunderts geführt wird³, Ergebnisse, die aus der Geschichte des industriellen Zeitalters gewonnen werden, aber nicht ohne weiteres auf vorangegangene Epochen übertragen werden können.

Dabei hat interessanterweise auch Karl Marx in einer für die »Free Press« (London) bestimmten Schrift unter dem Titel »Enthüllungen zur Geschichte der Diplomatie im 18. Jahrhundert«⁴ anhand der englisch-russischen Beziehungen diese Frage behandelt, wobei seine Ergebnisse freilich durch die spätere Forschung stark relativiert worden sind. Bei Marx ist aber besonders stark die gegenseitige Abhängigkeit von Außen- und Innenpolitik herausgestellt. Weiters ist auch auf Jacob Burckhardt hinzuweisen, der in einer Passage seiner »Weltgeschichtlichen Betrachtungen« sich über »Permanente Gelüste der Außenpolitik« äußert und schreibt: »Man nimmt, was einem gelegen liegt und was man erwischen kann, namentlich »unentbehrliche Küstenstriche«, und benützt dabei alle Schwächen, inneren Krankheiten und Feinde des Schlachtopfers«⁵. Hier ist ein Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik deutlich angesprochen, aber man könnte noch zusätzlich jene These Max Webers heranziehen, wonach sich die innere Ordnung der Staaten stark nach den äußeren Gegebenheiten richtet. Nun soll es anhand eines europäischen Konfliktes, dem letzten des vorrevolutionären Europa, unternommen werden, die verschiedenen Faktoren zu betrachten, inwieweit die »große Politik« von inneren Gegebenheiten abhängig ist, die jedoch keineswegs allein von sozialen und gesellschaftlichen Erscheinungen determiniert sind; umgekehrt soll auch

- 3 Es soll hier keine Bibliographie zu diesem Problem geboten werden, vgl. aber K. Hildebrand, *Geschichte oder »Gesellschaftsgeschichte«?* Die Notwendigkeit einer Geschichtsschreibung von den internationalen Beziehungen, in: HZ 223 (1976), 328–357; A. Hillgruber, *Politische Geschichte in moderner Sicht*, in: HZ 216 (1973), 529–552, bes. 534 ff. Als Vertreter der Gegenposition vgl. H. U. Wehler, *Moderne Politikgeschichte oder »Große Politik der Kabinette«*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975), 324–369, und ders., *Kritik und kritische Antikritik*, in: HZ 225 (1977), 347–384. Eine bemerkenswerte Kritik der Position Wehlers bei T. Nipperdey, *Wehlers »Kaiserreich«*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975), 539–560. Ders. in: HZ 225 (1977), 387 weist auch darauf hin, »daß die Diskussion sich leider fast ausschließlich an der industriellen Gesellschaft orientiert«. Auch Wehler meint, die Leitsperspektive eines »Primates der Innenpolitik« sei als »polemischer Gegenbegriff« berechtigt gewesen, habe zur sozialökonomischen Erklärung der Politik wichtige Beiträge geleistet, könne aber in »einem zweiten Durchgang differenziert und relativiert« werden. Vgl. auch die noch vor der Kontroverse um den »Primat« entstandenen Bemerkungen von A. Novotny, *Über den Primat der äußeren Politik*, in: *Österreich und Europa, Festgabe für Hugo Hantsch* (Graz–Wien–Köln 1965), 311 ff.
- 4 Die Schrift von Karl Marx ist abgedruckt in: H. J. Lieber (Hg.), *Karl Marx, Politische Schriften*, Bd. 2, Darmstadt 1960, 726–832. Vgl. zu diesem Thema aber D. Gerhard, *England und der Aufstieg Rußlands*, München–Berlin 1933.
- 5 J. Burckhardt, *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, Stuttgart 1949, 36; zu Webers These vgl. M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Bd. 2, Köln–Berlin 1964, 664.

gezeigt werden, inwieweit außenpolitische Entscheidungen und Rücksichten Einwirkungen auf die Innenpolitik und das innere Gefüge haben können. Neuerdings ist auch durch eine Verbindung von personen-, sozial- und diplomatiegeschichtlicher Betrachtungsweise ein methodischer Weg beschritten worden, der interessante Ergebnisse auf einem Teilbereich gebracht hat und weiterführend auch auf andere Epochen und Länder angewendet werden sollte^{5a}.

1. Das außenpolitische System in Europa

Österreich hatte im Jahre 1756 eine »diplomatische Revolution« vollzogen, als es sich von seinen traditionellen Verbündeten, den Seemächten, trennte und mit Frankreich ein Bündnis schloß. Dieses Werk des »Renversement des Alliances« war der Stolz des Leiters der österreichischen auswärtigen Politik, des Grafen und späteren Fürsten Wenzel Anton Kaunitz. Freilich hatten auch noch andere Personen starken Anteil an diesem Bündnis, etwa der österreichische Gesandte in Versailles Graf (seit 1765 Fürst) Georg Adam Starhemberg und auf französischer Seite die geschickt ins Spiel gebrachte Favoritin König Ludwigs XV., die Marquise Pompadour, sowie deren Günstling Abbé de Bernis⁶. Wohl wurde das große Ziel der österreichische Politik, die Niederwerfung Preußens und Rückgewinnung der ehemals österreichischen Provinzen Schlesiens nicht erreicht, das Bündnis mit Frankreich aber überdauerte diesen Mißerfolg. Alle Opfer und Anstrengungen des Siebenjährigen Krieges hatten sich als vergeblich erwiesen, auch die großen inneren Reformen von 1749 hatten nicht das gewünschte Ergebnis gebracht, so daß 1760/61 unter dem Einfluß des Leiters der Außenpolitik, des Fürsten Kaunitz, eine neue Reformwelle einsetzte⁷.

5a K. Müller, Das kaiserliche Gesandtschaftswesen im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden (1648–1740), Bonn 1976; vgl. auch G. Klingenstein, Institutionelle Aspekte der österreichischen Außenpolitik im 18. Jahrhundert, in: Erich Zöllner (Hg.), Diplomatie und Außenpolitik Österreichs, Wien 1977, 74–93.

6 Vgl. M. Braubach, Versailles und Wien von Ludwig XIV. bis Kaunitz, Bonn 1952, 360–456, bes. 444 ff. Zu verschiedenen Einzelheiten jetzt auch R. Eichwalder, Georg Adam Fürst Starhemberg (1724–1807). Diplomat, Staatsmann und Grundherr, phil. Diss. Wien 1969, 39 ff. Eine Kurzfassung der Arbeit in: Österreich in Geschichte und Literatur 15 (1971), 193–203. Starhemberg, der in Frankreich persona gratissima war, warb auch geschickt in den Pariser Salons, vor allem der Madame Graffigny, im Sinne Österreichs. (Dazu vgl. G. Heilingsetzer, Aristokratie, Aufklärung und Architektur. Fürst Georg Adam Starhemberg und die Neugestaltung des Schiosses Eferding (1785), in: Mitteilungen des OÖ. Landesarchivs 13 (1981) 249 ff.

7 Vgl. F. Walter, Kaunitz' Eintritt in die innere Politik, in: MÖIG 46 (1932), 37–79, und ders. Der letzte große Versuch einer Verwaltungsreform unter Maria Theresia (1764/65), in: MÖIG 47 (1933), 427–469.

Im Jahre 1770 reiste Maria Theresias Tochter Marie Antoinette nach Frankreich, um die Gattin des Dauphins, des späteren Ludwig XVI., zu werden. Diese Heirat sollte zur Festigung der Allianz dienen, aber gerade in diesem Jahre wurde der Herzog von Choiseul, für dessen Außenpolitik das Bündnis mit Österreich die Grundlage bildete, gestürzt. Nach dem Tode des Königs (Ludwigs XV.) trat sein gleichnamiger, zwanzigjähriger Enkel die Regierung an. Wohl stand er in vielen Bereichen unter dem Einfluß seiner österreichischen Gemahlin, gerade die Außenpolitik⁸ aber betrachtete er als seine eigene Domäne. Er wurde darin von seinem neuen Außenminister, dem Grafen von Vergennes, unterstützt, in dessen außenpolitischem Programm das Bündnis mit Österreich einen weiter geringeren Stellenwert und rein defensiven Charakter hatte. So kam es, daß Maria Theresia trachtete, den österreichischen Einfluß in Paris durch ihren Gesandten, den Grafen Mercy-Argenteau, und Marie Antionette wieder zu verstärken. Wie ihre Briefe an die Tochter und an den Grafen deutlich zeigen⁹, freilich mit nur sehr bescheidenem Erfolg. Im Jahre 1777 unternahm Kaiser Joseph II. eine Reise nach Frankreich¹⁰, die denselben Zweck verfolgte, allerdings ebenfalls kaum nennenswerte Ergebnisse auf diesem Gebiet brachte. Die Reise bewirkte hingegen einige Korrekturen in den Anschauungen Josephs, der anfänglich nicht frei von antifranzösischen Vorurteilen gewesen zu sein scheint. Die Erfahrungen, die der Kaiser in Frankreich machte, haben aber später starke Auswirkungen auf die inneren Reformen in Österreich gehabt.

Österreichs einstiger Verbündeter England war im Siebenjährigen Krieg auf der Seite Preußens zu finden, wobei gegen Ende dieses Ringens die Unterstützung, die es gewährte, nur mehr sehr gering war. Vor allem in den siebziger Jahren ist sogar wieder eine Annäherung Englands an Österreich festzustellen, wobei jedoch Kaunitz unmißverständlich erklärte, er wolle am Bündnis mit Frankreich festhalten¹¹, die Beziehungen zu England aber korrekt gestalten. So gesehen bleibt der Ausspruch des amerikanischen Politikers und späteren Präsidenten John Adams unverständlich, der zum Teschener Frieden von 1779

8 Zur französischen Außenpolitik vgl. P. Ourcel, *La diplomatie de la France sous Louis XVI. Succession de Bavière et paix de Teschen*, Paris 1925; G. Zeller, *Le principe de l'équilibre dans la politique internationale avant 1789*, in: *Revue Historique* 215 (1956), 25–37.

9 Vgl. A. v. Arneth, M. A. Geffroy, *Correspondance secrète entre Marie-Thérèse et le Comte de Mercy-Argenteau*, Paris 1874; A. v. Arneth, *Maria Theresia und Marie Antoinette. Ihr Briefwechsel*, Paris–Leipzig–Wien 1868. Die Ausgabe von P. Christoph, *Maria Theresia und Marie Antoinette, ihr geheimer Briefwechsel*, Wien 1952 (21980), enthält einige Ergänzungen zu Arneth, die jedoch nicht politischer Natur sind, sondern die Intimsphäre des französischen Königspaares betreffen.

10 Vgl. hiezu H. Wagner, *Die Reise Josephs II. nach Frankreich 1777 und die Reformen in Österreich*, in: *Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch*, Wien 1965, 221–246.

11 So Kaunitz im Jahre 1770: »Wir wollen an der Allianz mit Frankreich festhalten, solange dieser Hof seine Pflicht erfüllt; aber wir wollen dessen ungeachtet mit den anderen Mächten, also auch mit England, in gutem Einvernehmen leben.« (A. F. Přibam, *Österreichische Staatsverträge. England*, Bd. 2, Wien 1913, 138).

feststellte, das Hauptverdienst an dessen Zustandekommen gebühre den aufständischen Amerikanern, denen es zuzuschreiben sei, daß Österreich von England keine Subsidien erhalten habe¹². Tatsache ist aber, daß das Engagement in Amerika in England ein gewisses Desinteresse an den kontinentalen Angelegenheiten hervorgerufen hatte.

Die preußische Monarchie¹³ war ganz geprägt von Maria Theresias jahrzehntelangem Gegenspieler König Friedrich II., dem Großen, dem es gelungen war, seinen Staat nicht zuletzt durch die Vergrößerung des den Österreichern abgenommenen Schlesiens in die Reihe der europäischen Mächte zu erheben. Dies war allerdings nur möglich durch die Anspannung aller inneren Kräfte, durch eine auch zahlenmäßig sehr starke Armee und die Führungskraft des Königs selbst, der als »roi philosophe« vor allem in Frankreich großes Ansehen genoß. Er selbst hat allerdings Preußen niemals unter die großen Mächte Europas gerechnet, wie aus den politischen Testamenten von 1752 und 1778, ja noch aus Äußerungen des Jahres 1781 ganz deutlich hervorgeht. Hingegen rechnete er 1768 – anders als nach den ersten beiden schlesischen Kriegen – das Österreich Maria Theresias nach England, das nunmehr die erste Stelle einnimmt, im Bunde mit Frankreich in die erste Reihe¹⁴. Neben Österreich, dessen Revanchegelüste der Preußenkönig mit Recht fürchtete, meinte er, Preußen müsse vor allem vor Rußland auf der Hut sein, es womöglich als Alliierten zur Seite haben¹⁵. Erst als sich nach der Entrevue von Mohilev (1782) Joseph II. und die Zarin Katharina verständigten, vor allem weil Friedrich nicht für die russische Eroberungspolitik gegenüber der Türkei zu gewinnen war, war wieder eine neue Situation eingetreten. Nach dem Siebenjährigen Krieg ist Friedrich hauptsächlich für die Bewahrung des Erreichten nach außen hin eingetreten und hat sich dem Werk der Beseitigung der Schäden des Krieges im Inneren, dem »Retablissement«, mit ganzer Kraft gewidmet. Seit der Mitte der siebziger Jahre war Friedrich auch über die Möglichkeit besorgt, Österreich könne sich nach dem Aussterben

12 Die Äußerung Adams' nach E. Hanfstaengl, *Amerika und Europa von Marlborough bis Mirabeau*, München 1930, 69 (zu diesem Buch ist die Besprechung von L. Maenner in der Zeitschrift f. bayer. Landesgeschichte 5 [1932], 178 ff. zu vergleichen).

13 Vgl. den Überblick von G. Oestreich, *Der Staat Friedrichs des Grossen*, in: *Handbuch der europäischen Geschichte* 4, Stuttgart 1968, 455 ff. Zur Persönlichkeit Friedrichs des Großen ist noch immer die Biographie von R. Koser, *Geschichte Friedrichs des Großen*, Stuttgart-Berlin 1921–1925 heranzuziehen. Über die prekäre wirtschaftliche Lage nach 1763 vgl. jetzt auch: I. Mittenzwei, *Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik*, Berlin (Ost), 1979.

14 G. B. Volz (Hg.), *Die politischen Testamente Friedrichs des Großen*, Berlin 1924, 192 ff., vgl. auch O. Hintze, *Friedrich der Große nach dem siebenjährigen Kriege und das politische Testament von 1768*, in: O. Hintze, *Gesammelte Abhandlungen*, Bd. III, Göttingen 1967, 448 ff. bes. 456.

15 Zur preußischen Rußlandpolitik: W. Stribny, *Die Rußlandpolitik Friedrichs des Großen 1764–1786*, Würzburg 1966.

der bayerischen Wittelsbacher deren Länder bemächtigen. Freilich hat der König auf der anderen Seite auch nicht ganz die eigene Expansionsmöglichkeiten ausgeschlossen, an deren Realisierung er allerdings nur bei ungewöhnlich günstigen Konstellationen glaubte. Er hat selbst von »politischen Träumen« und »chimärischen Plänen« gesprochen. Die Gedanken kehrten 1752, 1768 und 1778 aber immer wieder und sahen den Erwerb Sachsens und dessen Entschädigung mit Böhmen vor¹⁶.

Das russische Reich der Zarin Katharina wurde unter dieser Herrscherin mehr als bisher in das politische Kräftespiel in Europa hineingezogen. Hatte schon das Ausbrechen aus der antipreußischen Koalition am Ende des Siebenjährigen Krieges dessen Ausgang entscheidend beeinflußt, so strebte die Zarin, eine gebürtige Prinzessin von Anhalt-Zerbst, nach mehr politischem Einfluß im Reich, im Sinne eines außenpolitischen Konzepts, zu dem sowohl Vergrößerungen auf Kosten der Türkei als auch Polens gehörten. Rußland war zunächst mit Preußen verbündet¹⁷, als sich jedoch zeigte, daß die Aggressionspolitik gegenüber der Türkei nur auf seiten Österreichs zu verwirklichen war, kam es zum Abschluß eines Bündnisses der beiden Mächte, das im Wortlaut aber weder der bestehenden österreichisch-französischen noch der russisch-preußischen Allianz widersprach¹⁸.

Von den kleineren Mächten hat Spanien als zweites bourbonisches Königreich in dieser Zeit nicht unmittelbar in den mitteleuropäischen Raum eingegriffen, auch die skandinavischen Staaten nicht, denn von der einstigen Stärke Schwedens, das beim Westfälischen Frieden mit Frankreich als Garantiemacht aufgetreten war, ist in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht mehr viel übrig geblieben.

Was jedoch in unserem Zusammenhang erwähnt werden muß, sind die Vorstellungen, die die handelnden Staaten in Europa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts miteinander verbanden und welche politischen Doktrinen hier wirksam waren. Es sind dies vor allem zwei Dinge: die Idee vom europäischen Gleichgewicht, von einer Balance der Kräfte und damit zusammenhängend die Vorstellung von der Konvenienz, d. h. des territorialen Ausgleichs für die die Balance tragenden Staaten im Falle von Veränderungen¹⁹.

16 Vgl. Hintze (wie Anm. 14), 458 ff.

17 Vgl. den Überblick von R. Wittram, in: Handbuch der europäischen Geschichte 4 (1968), 502 ff. (mit reichen Literaturangaben); von älteren Werken bes. K. Stählin, Geschichte Rußlands von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 2, Berlin-Königsberg 1930, 500–542; zum Bayerischen Erbfolgekrieg, 600–607. Zuletzt auch M. Hellmann, Die Friedensschlüsse von Nystad (1721) und Teschen (1779) als Etappen des Vordringens Rußlands nach Europa, in: Historisches Jahrbuch 97/98 (1978), 270 ff. bs. 278 ff.

18 Vgl. L. Bittner, Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge, Bd. 2, Wien 1907, 28, Nr. 1254.

19 Vgl. zum folgenden den Artikel »Gleichgewicht, Balance« in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von O. Brunner,

Im Spannungsfeld der Interessen stand nicht selten das Reich²⁰, dessen Oberhaupt die Habsburger bzw. Habsburg-Lothringer waren und dem auch der Preußenkönig als Kurfürst von Brandenburg angehörte. Neben diesen beiden gab es einige mittlere Staaten, wie das Kurfürstentum Bayern, das Herzogtum Württemberg und das Kurfürstentum Hannover, dessen Souveräne in Personalunion auch die Könige Englands waren und zahlreiche kleine Staaten und souveräne Gebiete, die am Reichstag Sitz und Stimme hatten. Die Interessen Frankreichs – man denke etwa an den Rheinbund – spielten herein, ebenso wie diejenigen Rußlands – besonders seit der Zarin Katharina – und Englands, das ja durch Hannover mit den deutschen Angelegenheiten verbunden war, was gelegentlich zu Kalamitäten führen konnte. Das Bestreben der Rivalen Österreich und Preußen ging dahin, möglichst viele der kleinen und mittleren Staaten auf ihre Seite zu ziehen. War es im Siebenjährigen Krieg der österreichischen Diplomatie gelungen, daß der Preußenkönig geächtet wurde und von einer Reichsarmee bekämpft wurde, so war dies in den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr so eindeutig, da Friedrich geschickt als Schützer des Reichsrechts auftrat und durch seine Publizistik die öffentliche Meinung, die damals immer wichtiger zu werden begann, in seinem Sinne zu beeinflussen suchte. Joseph II. hingegen, seit dem Tode des Vaters im Jahre 1765 Kaiser, versuchte bald im Reich eine aktive Rolle zu spielen, wobei er allerdings den Effekt erzielte, das viele Fürsten und deren leitende Minister von seiner nicht sehr rücksichtsvollen Vorgangsweise abgeschreckt wurden.

Wie im 18. Jahrhundert Politik gemacht wurde, verdeutlicht sehr klar das Beispiel der polnischen Teilungen²¹ – stets als Argument der üblen Folgen der Kabinettspolitik des Ancien Régime angeführt –, deren erste in das Jahr 1772 fiel. Dabei kam es zeitweise sogar zu einer Annäherung Österreichs an Preußen, da beide Mächte deutlich sahen, daß Rußland sich den alleinigen Einfluß in Polen sichern wollte. Dieser russische Einfluß rührte noch aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges, als Österreich, Preußen und auch Sachsen, dessen Herrscherhaus im 18. Jahrhundert zwei polnische Könige gestellt hatte, stärker im Krieg engagiert waren, während es der Zarin Katharina 1764 gelungen war, ihren Günstling Stanislaus Poniatowski zum König wählen zu lassen. Infolge seiner politischen Verfassung, als eine in viele Parteien zerfallende Adelsrepu-

W. Conze und R. Koselleck, Bd. 2, Stuttgart 1975, 959–996. Vgl. auch H. Duchhardt, Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, Europäisches Konzert, Darmstadt 1976. (Mit reichen Literaturangaben, allerdings wird die Zeit von 1763–1814 nicht behandelt.)

20 Über das Reich in seiner letzten Phase vgl. K. O. v. Aretin, Heiliges Römisches Reich 1776–1806, 2 Bde. Wiesbaden 1967; zum österreichisch-preußischen Gegensatz neuerdings A. Kohler, Das Reich im Spannungsfeld des preußisch-österreichischen Gegensatzes 1783–1785, in: Fürst, Bürger, Mensch. Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 2 (1975), 72–96.

21 Zur ersten polnischen Teilung vgl. A. Beer, Die erste Teilung Polens, Wien 1873; H. H. Kaplan, The first partition of Poland, New York–London 1962.

blik mit monarchischer Spitze, war Polen aber dazu prädestiniert, zum Spielball der Großmächte zu werden. Es kam schließlich zum Kompromiß der ersten polnischen Teilung, dem am Ende auch die zögernde und von Skrupeln geplagte Maria Theresia zustimmen mußte. Österreich erhielt damals einen adäquaten Anteil, der später Galizien und Lodomerien genannt wurde.

2. Österreich und Bayern, Habsburg und Wittelsbach bis zum Tode Max III. Joseph (1777)

Die Beziehungen der beiden Länder, getragen von den Vorstellungen der jeweiligen Dynastie, zeigen durch Jahrhunderte hindurch eine starke Rivalität, die jedoch in Zeiten, in denen ein gemeinsames Interesse, etwa konfessioneller Natur, bestand, in den Hintergrund gedrängt wurde. Andererseits haben beide Häuser vor allem bei den dynastischen Krisen des anderen versucht, dieses als »conjonctures favorables« auszunützen²². Das beginnt schon während der Anfänge der habsburgischen Herrschaft in Österreich, als Herzog Heinrich XIII. von Niederbayern versuchte, sich im Land ob der Enns festzusetzen, im Mai 1279 allerdings nach militärischen Drohungen auf alle seine Rechte verzichten mußte²³. 1314 bewarben sich Ludwig der Bayer und Friedrich der Schöne von Österreich um die Kaiserwürde und wurden tatsächlich beide von einem Teil der deutschen Kurfürsten gewählt. In der unvermeidlichen militärischen Entscheidung blieb acht Jahre später der Wittelsbacher Sieger. 1363 aber waren die Habsburger die Glücklicheren, als es ihnen gelang, Tirol von seiner letzten Herrin aus dem Hause Görz-Tirol zu erwerben. Die Teilungen des Spätmittelalters, die beide Dynastien vornahmen, wirkten sich hemmend auf eine aktive Außenpolitik aus, auch hier waren die Habsburger etwas begünstigt, da Kaiser Maximilian I. alle habsburgischen Länder wieder vereinigen konnte, während die Landshuter Linie der Wittelsbacher erst 1503 mit Herzog Georg dem Reichen ausstarb²⁴. Maximilian war zur Unterstützung Herzog Albrechts IV. von Bayern-München bereit, der nach den Hausverträgen der rechtmäßige Erbe nach Herzog Georg war. Allerdings hatte dieser

22 Zu diesem Begriff vgl. J. Kunisch, Staatsauffassung und Mächtepolitik. Zur Genese von Staatenkonflikten im Zeitalter des Absolutismus (=Historische Forschungen 15), Berlin 1979, 41 ff.

23 Dazu und zum folgenden: H. Sturmberger, Bayern und das Land ob der Enns. Versuch einer Übersicht, in: Archivalische Zeitschrift 73 (1977), 1 ff. Zum Kampf um Oberösterreich und Herzog Heinrich XIII. vgl. A. Zauner, Ottokar II. Přemysl und Oberösterreich, in: Jahrbuch d. Vereins für Landeskunde v. Niederösterreich NF 44/45 (1978/79), 14 f.

24 Vgl. A. Kraus, Um die Einheit Altbayerns, in: M. Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, München 1966, 291 ff.

versucht, das Erbe dem Schwiegersohn Ruprecht aus der pfälzischen Linie der Wittelsbacher zuzuspielen. Maximilian verlangte jedoch für seine Hilfestellung ein »Interesse«²⁵, wie er es nannte, das zur Arrondierung seiner Länder vor allem in Tirol und Oberösterreich beitragen sollte, darunter Rattenberg, Kufstein und Kitzbühel sowie Rannariedl, Neuhaus und das Mondsee- und St.-Wolfgangs-Land (Landgericht Wildeneck). Diese Abtretungen an den Kaiser, die größer waren, als man in Bayern erwartet hatte, haben schon zu einer gewissen Verstimmung der gegenseitigen Beziehungen geführt, die in der Folge noch mehr gestört wurden. Denn 1526 bewarben sich Habsburger und Wittelsbacher um die Krone Böhmens, und diesmal blieb Erzherzog Ferdinand von Österreich Sieger. 1531 schloß sich Bayern einem antihabsburgischen Bündnis deutscher Fürsten an²⁶, und ein Jahr später kam es dann zu einer Allianz mit Frankreich, vor allem, um die Wahl Ferdinands zum römischen König zu verhindern. Es ist dies auch deswegen bemerkenswert, da die Verbindung mit Frankreich nunmehr eine Komponente der europäischen Politik bildete bis zum Ende des Ancien Régime und sogar noch darüber hinaus. Allerdings sahen sich die Wittelsbacher in Bayern, die ja wie die Habsburger Anhänger der katholischen Kirche blieben, infolge der konfessionellen Polarisierung im Reich bald wieder genötigt, mit diesen zu einem Ausgleich zu gelangen. Schon 1534 hat dann der Linzer Vertrag²⁷ die Voraussetzungen dazu geschaffen, zahlreiche Familienverbindungen wirkten in diese Richtung weiter, und das konfessionelle Moment wurde für mehr als ein Jahrhundert das dominierende.

Eine seiner größten dynastischen Krisen erlebte das Haus Habsburg am Anfang des 17. Jahrhunderts, als der geistig bedeutsame, als Herrscher jedoch problematische Kaiser Rudolf II. von seinem Bruder Matthias entmachtet wurde. Denn Matthias war bei diesem Unternehmen nicht nur auf die Zustimmung der übrigen Mitglieder seines Hauses angewiesen, sondern auch auf die vom Adel dominierten Stände der Länder, die in den donauösterreichischen und böhmischen Gebieten zum Großteil protestantisch waren. Als die Böhmen nach dem Tode des Matthias den zwei Jahre vorher zum König gewählten Erzherzog Ferdinand für abgesetzt erklärten und in dem kalvinischen Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz einen neuen König wählten, war

25 H. Wiesflecker, Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit, Bd. III, Wien 1977, 170, 203 f., 382 f.

26 Vgl. H. Lutz, Bayern im Kreise der reichsfürstlichen und europäischen Opposition gegen Habsburg (1525–1534), in: Spindler, Handbuch II, 320; H. Lutz, Karl V. und Bayern, in: Zeitschrift f. bayer. Landesgeschichte 22 (1959), 13–41; W. P. Fuchs, Bayern und Habsburg 1534–1536, in: Archiv für Reformationsgeschichte 41 (1948), 1–33, und zuletzt A. Kohler, Antihabsburgische Politik in der Epoche Karls V. Die Reichsständische Opposition gegen die Wahl Ferdinands I. zum römischen König und gegen die Anerkennung seines Königstums (1524–1534), (ungedr.) Habil.-Schrift, Wien 1980, 12 ff., 40 ff., 198 ff., 315 ff.

27 Vgl. H. M. Klinkenberg, Der Linzer Vertrag zwischen Bayern und Österreich vom 11. September 1534 nach Münchener Akten, in: HZ 194 (1962), 568–598.

für Maximilian von Bayern die Stunde der Entscheidung gekommen²⁸. Er hat nicht lange gezögert und seinem Vetter Ferdinand die Gefolgschaft nicht versagt, aber er ließ sich seine Leistungen im Sinne der alten Ziele der bayerischen Politik auch honorieren: Da Ferdinand die Kriegskosten nicht bezahlen konnte, war der Bayernherzog von 1620 bis 1628 der Pfandinhaber des Landes ob der Enns, wobei die kaiserlichen Räte in Wien nicht ganz zu Unrecht befürchteten, Maximilian werde trachten, den Pfandbesitz in einen dauernden umzuwandeln.

Als im Spanischen Erbfolgekrieg der auf französischer Seite kämpfende bayerische Kurfürst Maximilian Emanuel infolge militärischer Niederlagen sein Land den Österreichern preisgeben mußte, wurde in Bayern eine österreichische Landesadministration eingesetzt, einzelne Besitzungen – vor allem im späteren Innviertel – wurden als sogenannte »freie Reichsherrschaften« an verdiente kaiserliche Adelige ausgegeben. Als man mit Frankreich Frieden schloß (Friedensschlüsse von Rastatt und Baden 1714)²⁹ tauchte zum erstenmal ein Projekt auf, Bayern gegen die österreichischen Niederlande einzutauschen. Es ist nicht zur Verwirklichung dieses Projektes gekommen, denn man konnte sich nicht über den Umfang der zu vertauschenden Gebiete einigen, und so erhielt der Kurfürst sein Stammland ungeschmälert zurück.

Eine besonders günstige Gelegenheit für Bayern, österreichisches Gebiet zu erwerben, schien sich nach dem Tode des letzten Althabsburgers, Kaiser Karls VI., im Jahre 1740 zu bieten. Kurfürst Karl Albrecht, der Sohn des ehrgeizigen Max Emanuel, hatte 1722 die jüngere Tochter des verstorbenen Kaisers Joseph I. geheiratet, die anlässlich der Eheschließung ausdrücklich auf ihr habsburgisches Erbe verzichtet hatte. Kaiser Karl VI. hatte überdies in seinen letzten Lebensjahren die gesamte Außenpolitik auf die Anerkennung der pragmatischen Sanktion von 1713, die die weibliche Erbfolge und die Unteilbarkeit der Erbländer aussprach, ausgerichtet. Nach dem Tode des Kaisers berief sich Kurfürst Karl Albrecht daher auf einen Ehevertrag von 1546 zwischen Albrecht von Bayern und Anna von Österreich, der Tochter König Ferdinands, der gewisse Erbrechte Annas vorsah³⁰. Das Testamentskodizill des Habsburgers von 1547 enthielt jedoch die Bestimmung, daß die Töchter nur beim Aussterben der ehelichen Erben – nicht der männlichen, wie man in Bayern glauben wollte – Ansprüche haben sollte. Karl Albrecht, der durch seinen Ratskanzler Unertl 1732 eine Schrift »Deductio iurium bavarium ad successionem Austriacum«, die diese Erbansprüche begründen sollte, verfassen hatte lassen, bestritt das Erbrecht der jungen Maria Theresia und fiel, nachdem

28 Vgl. Sturmberger (wie Anm. 23) und zuletzt G. Heilingsetzer, Die Bayern in Oberösterreich, in: Wittelsbach und Bayern II/1, München 1980, 416 ff.

29 O. Weber, Der Friede von Rastatt 1714, in: Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1892), 273–310.

30 Vgl. Spindler, Handbuch II, 328, 463.

Friedrich von Preußen das Signal zum Kampf und die habsburgische Beute gegeben hatte, gemeinsam mit den verbündeten Franzosen in Österreich ein³¹. Er ließ sich in Linz und Prag von den jeweiligen Ständen als neuer Landesfürst huldigen, was Maria Theresia im höchsten Ausmaß verbittert hat, und nannte sich »Erzherzog von Österreich«. Es erwies sich in der Folge als schwerwiegender Fehler, daß die bayerisch-französischen Truppen mit Karl Albrecht an der Spitze nicht den direkten Weg nach Wien genommen hatten. Der Kurfürst wurde zwar als Karl VII. zum römisch-deutschen Kaiser gewählt, als erster Wittelsbacher nach Ludwig dem Bayern, jedoch zwei Tage nach seiner Krönung hatten die Österreicher die Hauptstadt des »Kaisers ohne Land« erobert. Zwar konnte der Kaiser seine Lage wieder etwas verbessern und Bayern zurückgewinnen, er starb jedoch schon im Jänner 1745, als die Österreicher erneut vordrangen³². Sein Sohn und Nachfolger als Kurfürst von Bayern, Max III. Joseph, zog die Konsequenzen und schloß wenige Monate nach seinem Regierungsantritt den Sonderfrieden zu Füssen, der ihm gegen die Anerkennung der pragmatischen Sanktion sein Stammland einräumte.

Im Siebenjährigen Krieg versuchte sich Bayern erfolgreich aus dem Kriegsgeschehen herauszuhalten, was sich nicht nur für die Finanzen des Staates als günstig erwies, sondern auch für die innere Entwicklung, also etwa durch die Gesetzeskodifikationen des Freiherrn von Kreittmayr, der als Kenner der traditionellen Rechtsvorstellungen diese mit den modernen Ideen der Aufklärung zu verbinden versuchte. Den Intentionen des Kurfürsten Max Joseph entsprach es, ein gutes Verhältnis zu Österreich aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne war es auch, wenn seine Schwester Josepha mit dem habsburgischen Thronerben Erzherzog Joseph, der seit 1764 auch römischer König war, vermählt wurde (1765)³³. Die Ehe war allerdings denkbar unglücklich, die Behandlung, die Joseph II. seiner Gattin angedeihen ließ, war sicher auch nicht dazu geeignet, ihm in Bayern Sympathien zu verschaffen. Die bedauernswerte Josepha starb schon im Mai 1767 an den Blattern, nachdem sie diese Krankheit auch auf Maria Theresia übertragen hatte, den einzigen Menschen am Wiener Hof, der an ihrem Schicksal Anteil genommen hatte.

Die Eheschließung hatte natürlich einen politischen Hintergrund gehabt, denn für die österreichische Politik rückte bei der Kinderlosigkeit des Kurfürsten Max Joseph die Erwerbung Bayerns immer mehr in den Bereich der Möglichkeit, der Verlust Schlesiens schien hier einen lohnenden Ersatz zu finden. Schon im Jahre 1743 hatte Kaunitz, der spätere Leiter der österreichi-

31 Vgl. J. Schwerdfeger, Der bairisch-französische Einfall in Ober- und Niederösterreich (1741) und die Stände der Erzherzogtümer, in: Archiv f. österr. Geschichte 87 (1899), 323 ff., die Huldigung 398 ff.

32 Vgl. zur Person Karl Albrechts, F. Wagner, Kaiser Karl VII. und die großen Mächte 1740–1745, Stuttgart 1938.

33 Vgl. über Maria Josepha, K. T. Heigel, in: Historische Vorträge und Studien, 3. Folge, München 1887, 247–263.

schen Außenpolitik, in einer Denkschrift auf die »ganz unvergleichen Vortheile« hingewiesen, die eine Erwerbung Bayerns mit sich brächten³⁴, da es sich um eine Vermehrung der deutschen Erblande handelte, die der Kern der Monarchie seien. Auch in Frankreich waren diese österreichischen Aspirationen auf bayerisches Gebiet nicht unbekannt geblieben, und schon 1759 vermutete man in Versailles, daß Österreich versuche, die verwitwete Markgräfin von Baden, die Schwester Max Josephs, zur Abtretung ihrer Ansprüche zu bewegen und daß man die am Inn gelegenen Bezirke Bayerns sowie Teile der Oberpfalz anstrebe³⁵.

Demgegenüber hatten die Wittelsbacher untereinander mehrere Erbverträge geschlossen, in denen schließlich in den Hausordnungen von 1766 und 1771 der Besitz zum Gesamtfideikommiß erklärt wurde³⁶. Allerdings konnten nach der vorherrschenden Ansicht der Juristen solche Vereinbarungen nicht einseitig getroffen werden, sondern sie bedurften der Bestätigung durch Kaiser und Reich³⁷. Da der durch die Hausgesetze präsumtive Erbe Max Josephs, Karl Theodor von der Pfalz, einerseits befürchtete, daß Österreich gewisse Ansprüche erheben werde, andererseits auch eine Annäherung an Preußen vermeiden wollte, das ihm wegen Jülich und Berg als der gefährlichere Gegner erschien, trat er mit Wien in Verhandlungen ein. Außerdem erwog Karl Theodor sicher schon damals die Möglichkeit eines Austausches Bayerns gegen die österreichischen Niederlande, da ihm Bayern fremd war und der Hausvertrag von 1771 die Möglichkeit eines vorteilhaften Tausches – ganz im Sinne der Vorstellungen des 18. Jahrhunderts – ausdrücklich vorsah.

34 A. v. Arneth, *Biographie des Fürsten Kaunitz. Ein Fragment*, in: *Archiv f. österr. Geschichte* 88 (1899), 53.

35 T. Bitterauf, *Die kurbayerische Politik im siebenjährigen Kriege*, München 1901, 164.

36 Zu den Hausverträgen zuletzt aus bayerischer Sicht: H. Rall, *Die Hausverträge der Wittelsbacher: Grundlagen der Erbfälle von 1777 und 1799*, in: *Wittelsbach und Bayern*, III/1, München 1980, 13–48.

37 Vgl. H. Conrad (Hg.), *Recht und Verfassung des Reiches in der Zeit Maria Theresias. Die Vorträge zum Unterricht des Erzherzogs Joseph in Natur- und Völkerrecht sowie im Deutschen Staats- und Lehnrecht*, Köln–Opladen 1964, 576 ff., 587 ff.: »...pflegen sich dennoch zur Vermeidung allen Widerspruchs auch diesen freiwillig zu fügen und vornehmlich durch die oberstrichterliche Gewalt und Bestätigung des Kaisers ihren Hausangelegenheiten Nachdruck und Sicherheit zu verschaffen.« Die kaiserliche Bestätigung erscheint zumindest als zweckmäßig. (Vgl. auch R. Schröder, E. Künßberg, *Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte*, Berlin–Leipzig 1932, 933). K. F. Rieger, *Bayerisch-pfälzische Unionsbestrebungen vom Hausvertrag von Pavia (1329) bis zur wittelsbachischen Hausunion vom Jahre 1724*, in: *Zeitschrift f. histor. Forschung* 4 (1977), 385–413, geht auf das Problem nur am Rande ein (411 f.), betont jedoch den konstitutiven Charakter des Vertrages von 1766, der durch den Verweis auf ältere Erbeinigungen verschleiert werden sollte. K. O. v. Aretin, *Kurfürst Karl Theodor und das bayerische Tauschprojekt*, in: *Zeitschrift f. bayer. Landesgeschichte* 25 (1962), 745–800, betont auf das Beispiel der Vereinigung Ansbachs mit Bayreuth verweisend, daß die Frage in reichsrechtlicher Hinsicht nicht gelöst war, da getrennte Linien als zwei Familien galten, die sich nicht beerben konnten und deren Besitz an das Reich zurückfallen sollte (746).

3. Vom Tode Max Josephs bis zum Ausbruch des Krieges

Der Gesandte Karl Theodors in Wien, Freiherr von Ritter, verhandelte also im Sinne seines Herrn, ohne konkrete Ergebnisse erzielt zu haben, als am 30. Dezember 1777 Kurfürst Max Joseph an den Pocken verstarb³⁸. Daß dieser Todesfall in Wien zu diesem Zeitpunkt keineswegs herbeigesehnt wurde, zeigt unter anderem die bissige Bemerkung Kaiser Josephs II., »daß uns der Kurfürst von Bayern den Streich spielte zu sterben«³⁹.

In Wien war man von dem Gedanken, Bayern als erledigtes Reichslehen einzuziehen, bald abgekommen, allerdings wollte man in den Verhandlungen mit Karl Theodor von der Pfalz sich dieser Möglichkeit als Druckmittel bedienen. Die Forderungen Österreichs⁴⁰, die man stellte, waren daher folgende: das Herzogtum Niederbayern, gestützt auf zwei Lehenurskunden Kaiser Sigmunds vom Jahre 1426⁴¹, nach denen der Kaiser dem Herzog Albrecht von Österreich das bayerische Teilherzogtum Straubing zusprach. Weiters wurden Ansprüche auf Lehen der Krone Böhmens in der Oberpfalz, auf unbestimmte Reichslehen mit 80.000 Gulden Jahreseinkünften, die auf Lehenbriefe Kaiser Maximilians II. und Rudolfs II. für Erzherzog Ferdinand von Tirol zurückgingen, auf den 1709 von Österreich in Besitz genommenen Distrikt von Burghausen, begründet mit den Schäden, die Max Emanuel durch sein Bündnis mit Frankreich den Habsburgern zugefügt hatte, und schließlich auf die Grafschaft Mindelheim⁴², wo man sich auf ein Vorkaufsrecht berief, das der letzte Frundsberg dem Hause Österreich eingeräumt hatte. 1614 hatte überdies Kaiser Matthias die Anwartschaft seines Hauses im Falle des Erlöschens der bayerischen Linie der Wittelsbacher festgestellt.

Mit dem Gesandten des Kurfürsten Karl Theodor wurde nun ohne Eile über alle diese Fragen verhandelt, als die Nachricht vom Tode Max III. Joseph in Wien eintraf. Nun gerieten die Verhandlungen in ein hektisches Stadium. Eine weitgehende Einigung mit Ritter war jedoch schon vor dem Eintreffen der Todesnachricht erzielt worden, als Kaunitz bereit war, die österreichischen Ansprüche auf den straubingischen Teil von Niederbayern und auf die Reichslehen zu reduzieren. Ein österreichisches Promemoria in diesem Sinne bildete daher die Grundlage für den Vertrag vom 3. Jänner 1778⁴³. Es ist aber

38 Vgl. v. Aretin, (wie Anm. 37), 745, 751 f.

39 A. v. Arneth, Geschichte Maria Theresias, Bd. 10, Wien 1878, 303.

40 v. Aretin (wie Anm. 37), 749.

41 Entgegen verschiedenen Vermutungen hatte J. Kallbrunner (Zur Vorgeschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, in: MIOG Erg. Bd. 11 [1929], 421–431) die Echtheit der Urkunde nachweisen können.

42 R. Vogel, Mindelheim (Historischer Atlas von Bayern, Teil Schwaben H. 7), München 1970, 89.

43 Dazu und zum folgenden: A. Unzer, Die Entstehung der pfälzisch-österreichischen Konvention vom 3. Jänner 1778, in: MIOG 15 (1884), 68–113, hier: 97.

stark übertrieben, diesen Vertrag nur als eine österreichische Erpressung zu werten, denn Ritter sah ihn schon vor dem befürchteten Ableben Max Josephs als Erfolg für Karl Theodor und für sich selbst an, und hatte damals gemeint, nur der Abschluß zu Lebzeiten des bayerischen Veters könne Karl Theodor davor bewahren, sich mit weit höheren Ansprüchen – vor allem des Kaisers – konfrontiert zu sehen. Erst nach dem Eintreffen der Todesnachricht aus München begann man in Wien, Ritter gegenüber eine deutlichere Sprache zu führen und drohte ihm, im Falle einer Nichtannahme des Vertrages ganz Bayern zu besetzen. Ritter zögerte daher nicht lange und gab dem Drängen des Wiener Hofes nach. Immerhin hatte Karl Theodor durch diesen Vertrag den größten Teil der bayerischen Erbschaft zugesichert erhalten, da Österreich allen weiteren Ansprüchen entsagte und auch das Erbrecht des Pfälzers anerkannte. Man zweifelte in Wien gar nicht an der raschen Ratifikation des Kurfürsten und verschob zunächst auch den geplanten Einmarsch in die durch den Vertrag zugesagten bayerischen Gebiete⁴⁴.

Aber es kamen bald Schwierigkeiten. Karl Theodor kam nach Konferenzen mit den bayerischen Ministern Graf Seinsheim und Kreittmayr Bedenken, da ihm deutlich gezeigt wurde, wie weit sich nunmehr das österreichische Gebiet erstrecken sollte. Man versuchte daher zunächst die Möglichkeiten zu erwägen, die Österreicher zu veranlassen, ihren Anteil nochmals zu reduzieren. Die Verzögerung der Ratifikation wieder löste in Wien, auch bei Ritter, Ungeduld und Befremden aus. Endlich, am 14. Jänner, erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages durch Karl Theodor, die Nachricht traf am 16. in Wien ein und löste dort begreiflicherweise Zufriedenheit aus. Am selben Tage überschritten österreichische Truppen unter dem Feldmarschalleutnant Baron Langlois die bayerische Grenze, um die vertraglich zugesagten Gebiete in Besitz zu nehmen⁴⁵.

Allerdings ergaben sich hier nicht geringe Schwierigkeiten, die tatsächliche Ausdehnung des ehemaligen Straubingischen Teilherzogtums festzustellen, und man ist hier auf österreichischer Seite recht großzügig verfahren und besetzte Gebiete, die nie zum Herzogtum Straubing gehört hatten⁴⁶. Als die Österreicher selbst Sulzbach, das Stammland Karl Theodors, in Besitz nahmen, das niemals zu Straubing gehört hatte, war der Kurfürst besonders verärgert und schrieb an Ritter, daß es zur Feststellung des Straubinger Landes guter Archivare, aber keiner Armee von 10 000 Mann bedürfe⁴⁷. Tatsächlich verlief der Einmarsch der österreichischen Armee in Bayern aber ohne Zwischenfälle

44 Unzer (wie Anm. 43), 100.

45 Vgl. P. P. Bernard, *Joseph II. and Bavaria. Two eighteenth century attempts at German unification*, The Hague 1965, 48 (nach den Akten des Wiener Kriegsarchivs). Die in der Literatur immer wieder auftretende Behauptung, der Einmarsch sei vor der Ratifizierung des Vertrages durch Karl Theodor erfolgt, ist daher zu korrigieren.

46 Eine Liste findet sich bei L. Hammermayer, in: Spindler, *Handbuch II*, 1047, Anm. 1.

47 Vgl. die Depesche des Kurfürsten an Ritter bei Arneth (wie Anm. 39), 797 ff. Anm. 493.

und zur vollen Zufriedenheit des Kaisers⁴⁸, der nunmehr ein fast unbegrenztes Vertrauen in das Heer und seine Schlagkraft zu setzen begann. Bald schon wurden Truppen abgezogen und nach Böhmen verlegt, weil man nur von dieser Seite einen eventuellen preußischen Angriff zu befürchten hatte. Das Zentrum von »Österreichisch Bayern«, wie es in den Patenten hieß, war die Stadt Straubing. Zum Leiter der dortigen Zivilverwaltung wurde der Staatsrat Franz Karl Kressel von Gualtenberg bestellt⁴⁹, ein fähiger Mann, den Fürst Kaunitz besonders unterstützte und der in dieser Angelegenheit sehr vorsichtig agierte. Er erreichte die Huldigung der niederbayerischen Stände und erwarb sich als Chef der österreichischen Verwaltung nicht nur die Achtung des Kurfürsten Karl Theodor, sondern darüber hinaus auch der Einwohner des von Österreich beherrschten Distrikts. Als aufgeklärter, hoher Beamter wird ihm auch die Autorschaft einer Schrift zugeschrieben »Handlungsgrundsätze zur wahren Aufnahme der Länder und zur Beförderung der Glückseligkeit ihrer Inwohner« (Bremen 1764). In Mindelheim wurde hingegen ein »k. k. Oberamt« eingerichtet, dem der österreichische Gesandte beim schwäbischen und fränkischen Reichskreis Josef Freiherr von Ried vorstand, das Verwaltungspersonal des Pflegergerichtes wurde jedoch weiterhin eingesetzt, und die bayerischen Beamten wurden einfach in österreichische Dienste übernommen⁵⁰.

Ihm Rahmen der Ritterschen Konvention vom 3. Jänner 1778 war vorgesehen, daß Karl Theodor auch den Zweibrückener Neffen Herzog Karl August zum Beitritt veranlassen sollte. Dessen Abgesandter in München, Freiherr Christian von Hofenfels, weigerte sich aber – wohl entgegen den erhaltenen Instruktionen – die Konvention zu unterzeichnen, da er diese für das Haus Wittelsbach nicht für vorteilhaft hielt. Als es ihm gelungen war, den zögernden Herzog von seiner Ansicht zu überzeugen und schließlich diesem auch noch die Unterstützung durch Preußen in Aussicht gestellt wurde, war die bayerische Angelegenheit einschließlich der Austauschverhandlungen wieder völlig verfahren. Es war klar, daß man nun wieder, was man in Wien hatte vermeiden wollen, mit Preußen direkt verhandeln mußte. Denn König Friedrich hatte, sobald er vom Ableben des letzten bayerischen Wittelsbachers erfahren hatte, in der Absicht, eine Zerstückelung Bayerns zu verhindern, den Grafen Eustach Görtz in geheimer Mission an die Höfe der pfälzischen Wittelsbacher gesandt⁵¹. Unter dem Einfluß des Gesandten König Friedrichs

48 Bernard (wie Anm. 45), 48.

49 Über diesen, der auch in der josephinischen Kirchenpolitik eine Rolle spielte, vgl. C. v. Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 13, Wien 1865, 201 f., C. Frh. v. Hock – H. I. Bidermann, Der österreichische Staatsrath (1760–1848), Wien 1878, 26, 106; Arneth (wie Anm. 39), 311, 314, 354 ff.

50 Vgl. Vogel, Mindelheim (wie Anm. 42), 92, Wurzbach, Bd. 26, 79 f.

51 Vgl. A. Unzer, Der Herzog von Zweibrücken und die Sendung des Grafen Görtz Januar bis April 1778; in: MIOG 18 (1879), 401–492.

und seines eigenen Ministers Hofenfels hat Herzog Karl August dann auf dem Regensburger Reichstag gegen das Vorgehen Österreichs Protest eingelegt. Einen gewissen Rückhalt fand diese Vorgangsweise aber auch in den inneren bayerischen Verhältnissen. Gerade die bayerischen Stände, die Landschaftsverordnung, hatten in der Zeit Max Josephs und vor allem Karl Theodors wieder an Bedeutung gewonnen, denn die Kurfürsten waren von der Finanzkraft der Stände abhängig. Die Stände aber vertraten keine hauswittelsbachischen Interessen, sondern primär bayerische und wandten sich prinzipiell gegen alle Tausch- und Teilungspläne Karl Theodors⁵². Darüber hinaus hatte sich eine »Patriotenpartei« gebildet, der zahlreiche Würdenträger und höhere Beamte in Bayern angehörten und an deren Spitze eine Wittelsbacherin stand, die verwitwete »Herzogin Clemens«, Maria Anna. Sie nahm mit dem von ihr verehrten König Friedrich Verbindung auf und arbeitete der österreichischen Politik und den Absichten Karl Theodors entgegen, ohne daß man ihren Einfluß freilich überschätzen sollte⁵³. Es war aber in den von Österreich besetzten bayerischen Gebieten keineswegs eine auf breiter Basis beruhende antiösterreichische Kampagne zu bemerken, die etwa der Aufstandsbewegung von 1705/06 vergleichbar gewesen wäre, antiösterreichische Demonstrationen waren nur vereinzelt⁵⁴.

Bei den nun wieder aufgenommenen Verhandlungen Österreichs mit Preußen ist zu beachten, daß man in Wien keine einheitliche Linie verfolgte. Das liegt daran, daß Maria Theresia von allem Anfang an die österreichischen Ansprüche auf Bayern als fadenscheinig erkannt hatte und in der bayerischen Frage eine ausgesprochene Friedenspolitik vertrat, während ihr Mitregent Kaiser Joseph II. die Konfrontation nicht scheute. Fürst Kaunitz wieder stand zwischen beiden; einerseits arbeitete er auf eine Vergrößerung der Monarchie hin und verzichtete bei diesem Vorhaben auch nicht auf Druckmittel, da er nicht an ein militärisches Eingreifen Preußens glaubte. Auf der anderen Seite jedoch betrieb er vorsichtiger als der Kaiser eine diplomatische Absicherung Österreichs vor allem mit dem verbündeten Frankreich und zeigte sich bei widrigen Umständen auch durchaus bereit, auf Kompromisse einzugehen. Maria Theresia war diese Tatsache nur zu sehr bewußt, wie aus einem Brief an ihren Sohn am 22. Mai hervorgeht, als sie in der von ihr höchst pessimistisch beurteilten Angelegenheit wieder etwas Hoffnung zu schöpfen begann: »Trotz dem sollte man ein Vertragsprojekt aufstellen und sagen: das wollen und

52 Vgl. K. O. v. Aretin, *Bayerns Weg zum souveränen Staat. Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714–1818*, München 1976, bes. 53, 115.

53 Letzteres betont auch Aretin (wie Anm. 52), 82; zur Patriotenpartei vgl. Hammermayer, in: Spindler, *Handbuch II*, 1047.

54 Vgl. Bernard (wie Anm. 45), 66.

können wir zur Erhaltung des Friedens tun und nicht mehr. Aber wir müssen selbst wissen, was wir wollen, und einig sein«⁵⁵.

In Berlin hingegen war das Wort des Königs entscheidend, obwohl die Vorstellungen des Ministers Ewald von Hertzberg abweichend von der Meinung Friedrichs waren, in Richtung auf einen großen und komplizierten Ländertausch zwischen Österreich und Preußen⁵⁶. Des Königs Bruder Prinz Heinrich wollte ebenso einen Krieg vermeiden und hatte Friedrich schon im Oktober 1777 geraten, in Hinblick auf die bayerische Erbfolge das ganze Reich zwischen Preußen und Österreich aufzuteilen⁵⁷. Friedrich hatte sich am 26. März mit dem Herzog von Zweibrücken verbündet und ihm sein Erbe garantiert, noch im selben Monat waren auch die Truppen mobilisiert worden, und am 6. April begab sich der König zur Hauptarmee, die in Schlesien garnisonierte. Es scheint, daß er die fieberhaften Verhandlungen, die zwischen Wien und Berlin sowie den Höfen der jeweiligen Verbündeten geführt wurden, von vorneherein nicht für erfolversprechend hielt und zum Krieg entschlossen war⁵⁸. Während etwa Prinz Heinrich preußische Kompensationen für Österreichs Gebietserwerbungen, am besten auf Grund von Säkularisationen, ins Auge faßte, entwickelte Hertzberg ein kompliziertes Tauschprojekt, ganz nach den Grundsätzen der Konvenienz: Österreich sollte Bayern bis zur Isar erhalten, mit den Salzlagerstätten von Reichenhall; dafür sollte es Teile von Galizien mit den Salzwerken von Wielicka an Polen übergeben, dieses dafür Danzig und Thorn an Preußen überlassen. Preußen sollte überdies noch für den zu erwartenden Anfall der Markgrafentümer Ansbach und Beyreuth im Tauschwege die Lausitz erhalten⁵⁹. Aber König Friedrich erkannte die Chance, die sich ihm bot, als scheinbar selbstloser deutscher Fürst die Reichsverfassung und die Integrität Bayerns zu schützen und dadurch zur moralischen Führungsmacht der Reichsstände, vor allem der protestantischen, zu werden. Nach Austausch mehrerer Noten meinte man noch im Juni 1778, Friedrich werde nicht das Äußerste wagen und noch einmal ins Feld ziehen.

Es hatte sich auch bald herausgestellt, daß sowohl Österreich als auch Preußen bei einem Waffengang alleine bleiben würden, sieht man davon ab, daß Kursachsen diesmal auf seiten Preußens zu finden war, erhob doch der Kurfürst, da seine Mutter eine Schwester des verstorbenen Max Joseph war,

55 F. Walter, Maria Theresia, Briefe und Aktenstücke in Auswahl (=Freiherr vom Stein Gedächtnisausgabe [Neuzeit], Bd. XII), Darmstadt 1968, 433, Nr. 378.

56 Zu Hertzberg vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 8, 715 ff. und die dort angegebene Literatur.

57 Zu Prinz Heinrich: C. V. Easum, Prinz Heinrich von Preußen, Bruder Friedrichs des Großen, Göttingen-Frankfurt 1958, hier bes. 419 ff. Siehe auch G. B. Volz, Friedrich der Große und der Bayerische Erbfolgekrieg, in: Forschungen zur brandenburg.-preußischen Geschichte 44 (1932), 284.

58 Vgl. Koser (wie Anm. 13), Bd. 3, 394 ff.

59 Ebend., 395 f.

Ansprüche auf den wittelsbachisch-bayerischen Allodialbesitz. Frankreichs Außenminister Vergennes hatte erklärt, daß der Bündnisfall nicht gegeben sei und Frankreich daher neutral bleiben würde. Das war zwar nicht das, was man sich in Wien erhofft hatte, aber die schlimmsten Befürchtungen Maria Theresias, nämlich daß die Werbungen des Preußenkönigs in Paris Erfolg haben könnten, waren doch nicht eingetroffen⁶⁰. Auf der anderen Seite schien Preußens Verbündeter Rußland zunächst nicht in der Lage, eine wirksame militärische Unterstützung zu gewähren, und selbst im Falle dieser Möglichkeit war klar, daß es Monate dauern würde, bis diese anlief.

Da mehrere Noten Preußens zu ausweichenden Antworten geführt hatten und sowohl König Friedrich als auch Kaiser Joseph II. doch schon die ganze Angelegenheit zu einer Prestigesache gemacht hatten, war der Konflikt unausbleiblich. Am 5. Juli 1778 marschierte der Preußenkönig bei Nachod in Böhmen ein.

4. Der Bayerische Erbfolgekrieg

»Mit dem ruhmlosen und lahmen Kartoffelkrieg von 1778, dem Musterbeispiel einer Manöverstrategie, die keinen äußersten Einsatz der Kräfte wagt, weil ihn das politische Ziel nicht zu lohnen scheint, schloß der Eroberer Schlesiens die glanzvolle Reihe seiner militärischen Taten ab«⁶¹. Mit diesen Worten hat etwa Gerhard Ritter den Krieg gekennzeichnet und damit gemeint, daß der kriegserische Genius nunmehr durch Vernunft bezähmt worden sei. Aber der Held des Siebenjährigen Krieges war auch älter geworden und mit ihm sein Bruder Heinrich und die Generäle auf Österreichs Seite, Laudon, Hadik und Lacy.

Die Ausbildung stehender Heere, unabhängig von der ständischen Einflußsphäre, zählt zu den charakteristischen Merkmalen der absoluten Monarchie in Europa. Die Armeen im Zeitalter des Absolutismus – ein »getreues Abbild des absoluten Staates selbst«⁶² – waren ein am Rande der Gesellschaft stehendes kostbares Instrument, oft mit einer Maschine verglichen, das nach den Regeln einer allgemein anerkannten »Kriegskunst« eingesetzt werden konnte. Freilich waren diese Armeen nicht nur kostbar, sondern auch kostspielig, und durften nicht leichtfertig durch eine offene Feldschlacht aufs Spiel gesetzt werden,

60 Vgl. die Befürchtungen Maria Theresias in den Briefen an Marie-Antoinette bei Walter (wie Anm. 55), Nr. 362 ff., 415 ff.

61 G. Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 1, München 1954, 55.

62 Vgl. W. Gembruch, Zur Diskussion um Heeresverfassung und Kriegsführung in der Zeit vor der Französischen Revolution, in: Napoleon I. und das Militärwesen seiner Zeit, Freiburg 1968, 15.

während es als Gipfel der militärischen Meisterschaft galt, einen Gegner durch taktische Manöver am Vordringen zu hindern, wie dies etwa dem österreichischen General Traun beim Feldzug der Preußen im Jahre 1745 in Böhmen gelungen war. Die Armeen des Ancien Régime, die ihre Soldaten dort rekrutierten, wo sie eben zu finden waren, waren stets gekennzeichnet durch zahlreiche Dessertionen. Diese regulären Truppen waren nun auch nicht geeignet für kleinere selbständige Operationen, so daß sich besonders seit dem Siebenjährigen Krieg daneben kleine, leichte Truppenabteilungen bildeten, die für den »kleinen Krieg« herangezogen wurden⁶³. Diese leichten Truppen wurden für Sondereinsätze, für Beobachtungen und Täuschung des Gegners sowie für überraschende Überfälle herangezogen.

Der »Kartoffelkrieg« oder »Zwetschenrummel«, wie schon die Zeitgenossen den Bayerischen Erbfolgekrieg mit spöttischem Unterton nannten, stellte die letzte größere militärische Auseinandersetzung in Mitteleuropa vor der Französischen Revolution dar⁶⁴. Kaiser Joseph II. hat sich dann noch einmal als Verbündeter Rußlands an einem Türkenkrieg beteiligt, der schon in die Epoche des Revolutionszeitalters hineinreicht, denn dieser Türkenkrieg wurde erst 1791 mit dem Frieden von Sistowa beendet.

Der Feldzug sollte nach den Vorstellungen der Preußen folgendermaßen vor sich gehen: Von zwei gleich starken Heeren (jeweils etwa 80 000 Mann) sollte eines unter des Königs Führung nach Mähren marschieren, während der Bruder, Prinz Heinrich, mit der anderen Armee über Sachsen in Böhmen eindringen sollte. In Mähren sollte eine Entscheidungsschlacht geschlagen werden, Prag und Brünn belagert und anschließend die Donau als nächstes Ziel erreicht werden⁶⁵. Der österreichische Feldzugsplan hingegen hatte rein defensiven Charakter und stammte höchstwahrscheinlich von Feldmarschall Lacy⁶⁶. Die k. k. Armee wurde demgemäß in ausgedehnten Stellungen, die unter Ausnutzung des Geländes hinreichende Deckung bieten sollte, eingesetzt. Die österreichischen Truppen hielten sich mit den preußischen ungefähr die Waage, wobei Laudon mit über 80 000 Mann dem Prinzen Heinrich gegenüberstand, während die andere Armee unter Führung des Kaisers, seines Schwagers Herzog Albert von Sachsen-Teschen sowie der Feldmarschälle Hadik und Lacy stand. 12 000 Mann standen noch im mährisch-schlesischen Grenzraum unter dem Kommando des Feldmarschalleutnants Botta-Adorno. Eine Änderung des preußischen Plans hatte sich bald ergeben, da ja die

63 Dazu neuerdings J. Kunisch, *Der kleine Krieg. Studien zum Heerwesen des Absolutismus* (=Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 4), Wiesbaden 1973.

64 Vgl. zuletzt E. Wohlgenuth, *Der bayerische Erbfolgekrieg in militärhistorischer Sicht*, in: *Historische Dokumentation zur Eingliederung des Innviertels im Jahre 1779*, Linz-Ried 1979 (künftig zitiert als HD), 51–69. Dort auch zahlreiche Literaturangaben, v. a. O. Criste, *Kriege unter Kaiser Joseph II.*, Wien 1904, 47–126.

65 Vgl. R. Koser (wie Anm. 13), Bd. III, 400 f.

66 Wohlgenuth (wie Anm. 64), 57.

österreichischen Truppen nicht wie angenommen bei Olmütz konzentriert waren, sondern im nordöstlichen Böhmen. Zunächst gelang es dem Prinzen Heinrich auf als unpassierbar geltendem Gelände, über die Lausitzer Berge in Böhmen einzudringen und den völlig überraschten Laudon zurückzudrängen. Aber Prinz Heinrich setzte seinen Vormarsch nicht weiter fort, und so konnte der österreichische General seine Stellung wieder konsolidieren. Auf der anderen Seite sah sich König Friedrich nicht in der Lage, die Österreicher aus ihren günstigen Stellungen an der Elbe zu vertreiben. Nach mehrwöchigem Aufenthalt in seinem Lager bei Wöllsdorf hatten sich auch bald Nachschubprobleme eingestellt, Krankheiten und Desertionen waren die Folge.

Kaiser Joseph II. hatte vor allem zu Beginn des Krieges Phasen, in denen er alles für verloren hielt. Ein tiefer Pessimismus begann sich plötzlich seiner zu bemächtigen, und er schrieb seiner Mutter, die ungarische Insurrektion müsse aufgeboten werden, was diese mit Recht für übertrieben hielt, angesichts der Tatsache, daß noch keine entscheidende Schlacht geschlagen worden sei und 170 000 wohl eingeeübte Soldaten sich im Felde befanden⁶⁷. Maria Theresia war darüber bestürzt, daß Teile Böhmens in die Hände preußischer Truppen gefallen waren und von diesen zum Teil verwüstet wurden⁶⁸. Interessant ist, daß Maria Theresia schon am 5. Juni 1778, also einen Monat vor Ausbruch des Krieges, ihre Friedenspolitik gegenüber Joseph mit Schwierigkeiten und der unsicheren Lage im Inneren begründete. Besonders im Falle Böhmens waren diese Sorgen durchaus berechtigt, war es doch dort im Jahre 1772 zu einer Hungersnot und drei Jahre später zu Bauernaufständen gekommen, die nur durch den Einsatz von Militär niedergeschlagen werden konnten, und auch die evangelischen Bauern in Mähren waren schwierig⁷⁰.

Maria Theresia sandte hinter dem Rücken des Kaisers, aber nach Beratung mit Fürst Kaunitz, den Freiherrn von Thugut, einen bewährten Diplomaten, zu Friedrich, der Friedensvorschläge zu überbringen hatte⁷¹. Zu den Friedensvorschlägen für den König von Preußen, die Kaunitz ausgearbeitet hatte, schrieb sie als Randbemerkung folgendes: »... Ich bekenne, wenn wir Braunau und den kleinen schmalen District des Inn haben können, wo keine Salinen sind, findete besser wegen Arrondissement. Kan Burghausen und die obere Pfalz darzukommen, desto besser, sind doch Land und Leuth, wollte aber nicht

67 Vgl. die Korrespondenz Joseph–Maria Theresia nach Arneth (wie Anm. 39), 443 ff.

68 Briefe vom 26. 6., 22. 7., 25. 7. und 31. 7. 1778 bei Walter (wie Anm. 55), 448, 459, 460 f., 462 f.

69 Brief vom 5. 6. 1788 bei Walter (wie Anm. 55), 441, »Ich fürchte, daß viel Unordnung in unseren Ländern herrscht«.

70 Vgl. K. Bosl (Hg.), Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder, Bd. II, Stuttgart 1974, 489 und 496 f. Anm. 51 angegebene Literatur.

71 A. Beer, Die Sendung Thuguts ins preußische Hauptquartier und der Friede von Teschen, in: HZ 38 (1877), 480 ff.

darauf bestehen...⁷²« Damit nahm sie eigentlich schon das spätere Ergebnis der späteren Friedensverhandlungen vorweg. War König Friedrich zunächst nicht geneigt, auf die Friedensangebote Maria Theresias einzugehen, so konnte er auf der anderen Seite keine entscheidenden militärischen Vorteile erringen, im Gegenteil, der Zustand seiner Armee war trostlos, und der Gegensatz zu den militärischen und politischen Anschauungen seines Bruders Heinrich trat immer offener zutage⁷³. Es kam auch in der Folge zu keinen bedeutenden Kampfhandlungen, dennoch wurden beide Armeen durch Krankheiten, Mangelerscheinungen und Desertion stark dezimiert, wobei die Preußen noch etwas schlechter gestellt waren. Die Bevölkerung der Gebiete, die in den Kriegsschauplatz einbezogen waren, hatte ungeheures Leid zu ertragen. Als sich die von Friedrich erhoffte russische Unterstützung immer deutlicher als unrealistisch erwies, schienen die Chancen für einen Waffenstillstand oder gar einen Friedensschluß immer günstiger. Im Oktober traten die Preußen den Rückzug an⁷⁴.

Heftigere Auseinandersetzungen gab es allerdings auf dem Gebiete der Publizistik, ist doch gerade damals im zunehmenden Maße die »opinion public«, die öffentliche Meinung, wichtig geworden. Die Versuche König Friedrichs, sich als uneigennütziger Bewahrer Bayerns und des Reichsrechtes zu präsentieren, sind hier ebenso von Belang wie die Gegenmaßnahmen des Fürsten Kaunitz beim deutschen Reichstag in Regensburg. Die Zahl der Streitschriften zum Problem der deutschen Erbfolge wird mit über 300 angegeben, wobei besonders die Publikationen des preußischen Ministers Hertzberg, des österreichischen Staatsrechtlers Franz Ferdinand Schrötter und des berühmten Juristen Johann Jakob Moser Beachtung verdienen⁷⁵. Bemerkenswert ist es auch, daß der österreichische Minister in Brüssel, Fürst Starhemberg, einen damals sehr bekannten französischen Publizisten, Simon-Nicolas Linguet, engagierte und mit Material versorgte, um eine Broschüre über den bayerischen Erbfolgekrieg herauszugeben⁷⁶. Es zeigt sich auch interessanterweise im propagandistischen Bereich eine verstärkte Tendenz zur Motivierung der Truppen, wie es dann später in den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen zu einem ersten Höhepunkt führte. In Österreich war hier in dieser Richtung besonders der aus Schärding stammende gelehrte Dichter und Bibliothekar Michael Denis tätig, der eine Dichtung mit dem Titel »Zwist der Fürsten« (Wien 1778) herausbrachte, Johann Rautenstrauch verfaßte »Kriegslieder für Josephs Heere« (Wien 1778), und einem anonymen

72 Arneth (wie Anm. 39), 451 f., und Walter (wie Anm. 55), 452 f.

73 Vgl. Wohlgemuth (wie Anm. 64), 63.

74 Stribny (wie Anm. 15), 110 ff.

75 Einige sind angegeben bei J. G. Feßmaier, Grundriß des bairischen Staatsrechts, Ingolstadt 1801, 28–35.

76 H. Benedikt, Als Belgien österreichisch war, Wien–München 1965, 187.

Verfasser verdanken wir die »Österreichischen Kriegslieder« (Wien 1779). Auch auf preußischer Seite gibt es dementsprechende Beispiele, bemerkenswert ist allerdings bei diesen Erzeugnissen, daß sie trotz aller patriotischen Töne im allgemeinen ohne Verunglimpfung des Gegners ausgekommen sind.

5. Der Friede von Teschen

Nach dem Mißerfolg der Theresianischen Friedensvermittlung und der Sendung Thuguts ins preußische Hauptquartier, begann sich die österreichische Politik wieder stärker seinem französischen Bundesgenossen zu nähern. Es gelang zwar nicht, Frankreich ganz auf die Seite Österreichs zu ziehen, aber immerhin wollte es die Vermittlung im preußisch-österreichischen Konflikt übernehmen, denn an einer Demütigung Österreichs konnte Paris auch nicht interessiert sein. Der Preußenkönig war mit der Vermittlung durch Frankreich einverstanden, bestand jedoch auf der Hinzuziehung Rußlands.

In der Folge wurde fieberhaft verhandelt, und Ende Februar 1779 konnte schließlich der Durchbruch erzielt werden: Österreich war bereit, auf alles zu verzichten, mit Ausnahme einer kleinen Erwerbung aus Prestige Gründen, wobei man ursprünglich in Berlin eher an die Oberpfalz dachte, am 10. Februar aber gestand Friedrich das spätere Innviertel zu⁷⁷. Preußen wurde die Anwartschaft auf Ansbach und Beyreuth bestätigt und Sachsen sollte eine finanzielle Entschädigung erhalten, deren Modalitäten noch nicht genau feststanden. Man hatte also schon über die wesentlichen Punkte vor Beginn des Friedenskongresses, als dessen Austragungsort die schlesische Stadt Teschen bestimmt wurde, Einigung erzielt. Die Frage der sächsischen Entschädigung war dann tatsächlich das Hauptproblem bei den Verhandlungen in Teschen.

Am 10., dem Tag, an dem der Waffenstillstand in Kraft trat, und am 11. März 1779 trafen die Bevollmächtigten der europäischen Mächte am Kongreßort ein⁷⁸. Es waren dies im einzelnen die Vertreter Frankreichs und Rußlands, August Le Tonelie, Baron de Breteuil und Fürst Nikolaj Vasil'jevic Repnin, die Vertreter der beiden Kontrahenten Preußen und Österreich, Freiherr Johann Hermann Riedesel und Graf Johann Philipp Cobenzl, sowie der kursächsische Bevollmächtigte Graf Friedrich August Zinzendorf und als Vertreter Bayerns Graf Anton Törring-Seefeld und schließlich der Minister des Herzogs von Zweibrücken, Freiherr Christian von Hofenfels. Johann Philipp Cobenzl als Vertreter Österreichs war für alle Kongreßteilnehmer eine

⁷⁷ Koser (wie Anm. 13), Bd. III, 407.

⁷⁸ A. Unzer, Der Friede von Teschen, Kiel 1903, 316.

Überraschung. Er verdankte seine Nominierung der Tatsache, daß sein Vetter Ludwig Cobenzl, Österreichs Botschafter in Berlin, plötzlich erkrankt war. Da ihm die Materie ursprünglich fremd gewesen ist, stellte man ihm den Hofrat der Staatskanzlei, den Freiherrn Peter Philipp Herbert-Rathkeal, als Unterstützung zur Seite⁷⁹. Nachdem schließlich auch in der Frage einer Entschädigung an Sachsen eine Einigung erzielt werden konnte (der Kurfürst von Sachsen erhielt sechs Millionen Gulden) und auch die formalen Fragen geregelt werden konnten, kam es am 13. Mai, dem Geburtstag Maria Theresias, zur Unterzeichnung durch die Gesandten, die in feierlicher Form vor sich ging.

Das gesamte Friedenswerk umfaßt den österreichisch-preußischen Hauptvertrag und sechs weitere Konventionen: 1. zwischen Maria Theresia und Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz; 2. zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Kurfürsten von Sachsen; 3. zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Herzog von Zweibrücken; 4. den Beitritt Kaiser Josephs II.; 5. die Annahme der Beitrittserklärung des Kaisers durch Friedrich II. von Preußen und 6. die Garantie des Friedens durch die vermittelnden Mächte Rußland und Frankreich⁸⁰.

Der Hauptvertrag enthält in 17 Artikeln neben allgemeinen Bestimmungen und Friedensbeteuerungen auch Hinweise auf die anderen Konventionen. Dadurch garantierten Österreich und Preußen die wittelsbachischen Hausverträge, Österreich verpflichtete sich, der Vereinigung Ansbachs und Bayreuths mit Preußen nicht zu widersprechen, und der Kaiser sollte die Reichslehen in Bayern und Schwaben an Kurfürst Karl Theodor herausgeben. Die das Innviertel betreffenden Passagen finden sich in der Konvention Maria Theresias mit Kurfürst Karl Theodor. Österreich versprach in diesem Abkommen, die besetzten bayerischen Gebiete zurückzugeben und keine weiteren Ansprüche auf bayerisches Gebiet zu stellen, wogegen sich der bayerische Kurfürst bereitfand, »pour repondre à ces marque d'affectation«, wie es wörtlich heißt, das Gebiet zwischen Salzach, Inn und Donau der Kaiserin-Königin (Maria Theresia) zu überlassen, und zwar im einzelnen die Ämter (baillages) Wildshut, Braunau, Mauerkirchen, Mattighofen, Ried und Schärding (Artikel 4). Die Flüsse Inn, Salzach und Donau sollten beiden

79 Ebd., 318; vgl. auch A. v. Arneth, Graf Philipp Cobenzl und seine Memoiren, in: Archiv f. österr. Geschichte 67 (1885), 25 (dort auch Charakteristiken einzelner Kongreßteilnehmer). Abweichend davon wird im Repertorium der diplomatischen Vertreter aller Länder (Bd. III, Köln-Graz 1965, 80) an Stelle Herberts der Freiherr Franz Sigmund v. Lehrbach genannt, der jedoch zu dieser Zeit bei Kurfürst Karl Theodor in München weilte.

80 Vgl. über die Verträge: L. Bittner, Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge, Bd. II, Wien 1909. Nr. 1234–1243; Druck: F. G. Martens, Recueil des traités, Göttingen 1817, 2 Bd., 661 ff. Die wichtigsten Bestimmungen auch bei (F. X. Schrötter), Topographie oder kurze Beschreibung..., Wien 1779, Teil 2, und F. W. Ghillany, Europäische Chronik von 1492–1865, Bd. 1, Leipzig 1865, 328 ff., vgl. auch G. Heilingsetzer, Das Teschener Friedensinstrument von 1779, in: Oberösterreich 28 (1978).

Staaten gemeinsam sein, wobei es keinem der vertragschließenden Partner gestattet sein sollte, die Flußläufe zu verändern oder die freie Schifffahrt zu hindern (Artikel 5).

Bei der Wertung des Friedens von Teschen ist zu beachten, daß damals Rußland als Garantiemacht neben Frankreich erstmals offiziell als europäische Großmacht gewissermaßen legalisiert wurde⁸¹ und damit den Westfälischen Frieden modifizierte, den neben Frankreich Schweden garantiert hatte. Weiters zeigt sich auch eine deutliche Verschiebung im innerdeutschen Gleichgewicht zugunsten Preußens, während die Reichspolitik des Kaisers zunächst einmal gescheitert war. Es wirkte sich dies auch wenige Jahre später deutlich aus, als König Friedrich den neuerlichen Tauschplänen des Kaisers durch die Bildung eines deutschen Fürstenbundes entgegentreten konnte.

6. Die Monarchie am Ende der thesianischen Ära

Die Monarchie erweckte zur Zeit des Bayerischen Erbfolgekrieges und des Friedens von Teschen nach außen hin einen durchaus gefestigten Eindruck. In mehreren Wellen hatte Maria Theresia grundlegende Reformen angeordnet, die tief in das Gefüge des Staates und der Länder eingriffen⁸². Es gibt kaum einen Sektor, auf dem es nicht zu tiefgreifenden Änderungen gekommen wäre und vieles, was später Joseph II. durchsetzte und das mit seinem Namen untrennbar verbunden ist, nahm schon in der Regierungszeit der Mutter seinen Anfang. Zweifellos hat sich aber der Antagonismus zu Joseph II., der ja in der Außenpolitik sehr stark vorhanden war, auch auf anderen Gebieten hemmend und ungünstig ausgewirkt. Jeder der beiden hatte seine bestimmten Anhänger, fast eine Partei. Als Beispiel sei nur auf den Fürsten Georg Adam Starhemberg verwiesen, der 1766 in den Staatsrat berufen worden war und von dem Maria Theresia wußte, daß er der »Clique Theresienne« angehörte. Da das Verhältnis zum Kaiser unliebsam wurde, ließ er sich nach dem Tode des Grafen Karl Cobenzl als bevollmächtigter Minister in die österreichischen Niederlande transferieren (1770)⁸³.

Aber es wurden auch schwerwiegende Mängel, vor allem auf den Gebieten der Verwaltung, der Wirtschafts- und Finanzpolitik festgestellt, die freilich Maria Theresia meist selbst schmerzlich bewußt waren, was die einer von

81 Vgl. K. O. v. Aretin, Europa und der Friede von Teschen, in: HD, 18.

82 Dazu v. a. die Arbeiten von F. Walter, Die thesianische Staatsreform von 1749, Wien 1958; ders., Die Geschichte der österreichischen Zentralverwaltung in der Zeit Maria Theresias (1740–1780) (=Die österreichische Zentralverwaltung II/1/1), Wien 1938.

83 A. Thürheim, Ludwig Fürst Starhemberg, Graz 1889, 178.

anderen Prämissen ausgehenden Generation angehörenden äußerst kritischen Söhne Joseph und Leopold meist übersehen haben⁸⁴. Joseph II., der im Gegensatz zu seiner Mutter sehr reisefreudig war, und die Verhältnisse an Ort und Stelle selbst kennenlernen wollte, war 1775 erschüttert über die Zustände in Böhmen und Mähren und meinte das Heil nur in einem rigorosen Zentralismus zu finden. Ihm genügten die Ergebnisse der letzten Verwaltungsreform keineswegs⁸⁵, vielmehr hatte er noch viel weitergehendere Pläne zur Zentralisierung und Gleichschaltung, wie er sie ja dann im Zeitalter der Alleinherrschaft verwirklichen konnte (1782/83)⁸⁶. Der Kaiser gab den ungeeigneten Maßnahmen, die von seiner Mutter ergriffen wurden, die Hauptschuld an der Misere. Sowohl Maria Theresia als auch Joseph II. waren sich zwar über die Notwendigkeit einer Reform der bürgerlichen Verhältnisse einig, aber in den Modalitäten waren sie völlig verschiedener Ansicht.

Maria Theresia hatte Joseph zur Gänze nur das Militärwesen überlassen, ebenso war die Reichspolitik, die der Kaiser anfänglich aktiv betrieb, seine ureigene Domäne. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten gab es auch im Bereich der Religion, etwa in der Frage der Toleranz, wo Maria Theresia Josephs diesbezüglichen Ansichten vehement entgegentrat. Dennoch befand sich die Monarchie am Ende der Regierungszeit Maria Theresias – auch nach dem Urteil ausländischer Beobachter – verglichen mit anderen europäischen Staaten in einem guten Zustand. In den Friedensjahren seit 1763 war vieles geschehen, die Finanzen hatten sich erholt, und auch in der Sozialpolitik kam es zu grundlegenden Neuerungen, wenngleich vieles noch weiter verbesserungsfähig gewesen ist⁸⁷. Freilich hatte die Herrscherin nicht mehr die Energien ihrer früheren Jahre, und sicher gab es da und dort Korruption und Protektionismus, der jedoch sicher nicht das Ausmaß erreichte wie etwa am Ende der Regierungszeit Karls VI. Welch hohen Stand an »Mondernität« und Effektivität die österreichische Verwaltung aufwies, zeigte sich auch sehr deutlich in den neu erworbenen Gebieten Galizien und der Bukowina, die zu wahren Musterländern der Monarchie geworden sind und wo man auch Experimente durchführen konnte, die später für den Gesamtstaat Anwendung gefunden haben⁸⁸.

84 Dazu v. a. A. Wandruszka, Österreich am Ende der Regierungszeit Maria Theresias, in: Anzeiger der österr. Akademie der Wissenschaften (Phil. hist. Klasse) 111 (1974), 42 ff., und ders., Leopold II., Erzherzog von Österreich, Großherzog von Toskana, König von Ungarn und Böhmen, römischer Kaiser, Wien-München 1963, Bd. 1, 356 ff.; vgl. auch E. Wangermann, Matte Morgenröte, Verzug und Widerruf im späten Reformwerk Maria Theresias, in: W. Koschatzky (Hg.), Maria Theresia und ihre Zeit, Wien 1979, 67 ff.

85 F. Walter, Der letzte große Versuch einer Verwaltungsreform unter Maria Theresia 1764/65, in: MIOG 47 (1933), 427 ff.

86 Dazu vgl. Walter, Die Zeit Josephs II. und Leopolds II. (1780–1792) (= Die österreichische Zentralverwaltung II/4/2), Wien 1950, 23 ff.

87 F. Walter, Männer um Maria Theresia, Wien 1951, 253 f.

88 Vgl. z. B. F. v. Zieglaue, Geschichtliche Bilder aus der Bukowina zur Zeit der österreichischen Okkupation, Czernowitz 1894; H. Glassl, Das österreichische Einrich-

7. Das Land ob der Enns und die Eingliederung des Innviertels⁸⁹

Das Land ob der Enns ist geprägt durch seine Lage zwischen dem österreichischen Kernland und dem Herzogtum Bayern, dem es ja einmal angehört hatte⁹⁰. Es wurde nach einer Phase der Opposition unter der Führung des ständischen protestantischen Adels gegen die katholischen Habsburger schließlich nach dem Scheitern dieser Politik von einem Land mit starker Tendenz zur Eigenständigkeit immer mehr zu einer Provinz, eingebettet in die absolutistisch regierte Monarchie des Hauses Österreich⁹¹. Da das Land ob der Enns in vielen Dingen mit Niederösterreich verbunden war, etwa befand sich die »Regierung der niederösterreichischen Länder«, die zeitweise nur aus Ober- und Niederösterreich bestanden, in Wien, mußte es seine Stellung innerhalb der deutschen Erbländer erst erkämpfen, denn vor allem die »innerösterreichischen Länder« (Steiermark, Kärnten und Krain) wollten es nicht als eigenes Erzherzogtum anerkennen. Die Stände des Landes ob der Enns fochten hier einen langen Kampf, der zunächst vergeblich schien⁹². Paradoxerweise war es gerade Kaiser Joseph II., der trotz seiner ahistorischen, rationalen Vorstellungen vieles für die endgültige Verselbständigung des Landes ob der Enns getan hat. Er hat das Salzkammergut, vorher der Hofkammer in Wien direkt unterstellt, der Landesregierung in Linz untergeordnet (1783), das für Oberösterreich zuständige Bistum Linz initiiert (1783–1785) und schließlich auch die Angliederung des neu erworbenen Innviertels unter die Linzer Landesbehörde verfügt, wobei er sich allerdings in der Einwohnerzahl des Landstrichs, die er mit 80 000 bezifferte (statt 120 000), gewaltig verschätzt hat. Darüber hinaus hat er auch dafür gesorgt, daß die letzten passauischen Enklaven erworben werden konnten, und damit zur weiteren Abrundung der Grenzen beigetragen.

Nach den Bestimmungen des Teschener Friedens was als Tag der Übernahme des Innviertels, der »Nouvelle Acquisition«, durch Österreich der 29. Mai vorgesehen. Sie ging auch wirklich an diesem Datum in Braunau, der größten Stadt, in feierlicher Form über die Bühne. Unter Vorantritt seines Gefolges und eines ständischen Ausschusses von Prälaten, Herren, Rittern und

tungswerk in Galizien 1772–1790, Wiesbaden 1975. Übrigens interessierte sich auch Goethe für die österreichische Verwaltung in Galizien (vgl. Goethe und Österreich, Briefe mit Erläuterungen von A. Sauer, 1. Teil, Weimar 1902, XX).

89 Vgl. G. Heilingsetzer, Oberösterreich zur Zeit der Eingliederung des Innviertels. Versuch eines Querschnitts, in: HD 87–111, und die dort angegebene Literatur.

90 Über die komplizierte Entstehungsgeschichte Oberösterreichs vgl. O. Hageneder, Die Geschichte des »Landes« Oberösterreich, in: Österreichisches Städtebuch, Oberösterreich, Wien 1968, 31 ff.

91 Vgl. dazu bes. H. Sturmberger, Der absolutistische Staat und die Länder in Österreich, in: Der österreichische Föderalismus und seine historischen Grundlagen, Wien 1969, 67–104.

92 Über den sogenannten Präzedenzstreit vgl. I. Zibermayr, Noricum, Baiern und Österreich, Horn 1956, 492 ff.

Bürgern des Landes ob der Enns begab sich der bevollmächtigte Kommissär, Graf Christoph Wilhelm von Thürheim, Landeshauptmann von Oberösterreich, auf das Rathaus. Dort wurde er vom kurbyayerischen Kommissär, Graf Topor Morawitzky, sowie von den Beamten jener Gerichte und Ämter, die übergeben werden sollten, erwartet. Im Ratszimmer nahm die Versammlung Platz, und nachdem die Vollmachten der beiderseitigen Hofkommissäre verlesen worden waren, wurden sämtliche kurfürstliche Beamten ihrer Pflicht enthoben und hierauf für den neuen Landesherrn vereidigt. Am 2. Juli ging hierauf die Huldigung der Innviertler Landstände in Szene, und nach Beendigung dieser Zeremonie wohnten diese gemeinsam mit den Ständen Oberösterreichs einem vom Abte von Garsten als Erbland-Hofkaplan zelebrierten *Te Deum* bei⁹³.

Mit diesen Zeremonien wurde das Innviertel nach außen hin eingefügt in den Verband des Landes ob der Enns. Um es auch tatsächlich den österreichischen Verhältnissen anzupassen, bedurfte es allerdings einer eigenen Landes-Einrichtungskommission unter einem erfahrenen Verwaltungsfachmann, dem Freiherrn Franz Xaver Pocksteiner von Woffenbach⁹⁴. Da das neu erworbene Gebiet bisher keine politische Einheit gebildet hatte – das Land war ja nur ein Teil des Rentamtes Burghausen gewesen –, mußte auch ein eigener Name gefunden werden. Hier paßte man sich der in Ober- und Niederösterreich üblichen Vierteileinteilung an, die bis ins späte Mittelalter zurückgeht. Es hat den Anschein, daß der Name »Innviertel« erstmals in einer Denkschrift Kaiser Josephs II. vom 14. April 1779 verwendet wurde⁹⁵, in der es heißt, daß der von Bayern abzutretende Landstrich in allem und jedem mit dem Lande ob der Enns vereinigt werden sollte. In einem vom Landeshauptmann Thürheim unterzeichneten Patent vom 31. Mai, das die Unterstellung unter die Landeshauptmannschaft ankündigt, ist ebenfalls schon die Rede vom »Innviertel«⁹⁶. Da aber nun das Kuriosum eintrat, daß Oberösterreich aus fünf Vierteln bestand, wurden die beiden alten Landesteile nördlich der Donau, das Mühl- und Machlandviertel, unter dem Namen Mühlviertel vereinigt.

Von diesem Innviertel des Jahres 1779 waren allerdings noch die zwei reichsunmittelbaren Herrschaften Obernberg und Viechtenstein ausgenommen, die beide erst durch einen Staatsvertrag mit dem Hochstift Passau am 27. Juni 1782 an Österreich abgetreten wurden⁹⁷. Dies war nicht zuletzt die

93 Vgl. A. Thürheim, *Die Reichsgrafen und Herren von Thürheim*, Linz 1895, 96 ff., K. Meindl, *Die Vereinigung des Innviertels mit Österreich in Folge des Friedensschlusses von Teschen am 13. Mai 1779*, Linz 1879, 29 ff.

94 Über diesen vgl. Heilingsetzer (wie Anm. 89), 103; R. Pleninger, *Der Anfall des Innviertels an Österreich. Mit besonderer Berücksichtigung des Einrichtungswerkes bis zum Ausbruch der Napoleonischen Kriege* (ungedr.), phil. Diss., Graz 1949, 95.

95 Arneth (wie Anm. 39), 640.

96 Zitiert nach Meindl (wie Anm. 93), 28.

97 L. Bittner, *Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge*, Bd. II, Wien 1909, Nr. 1263.

Folge einer Reise, die Kaiser Joseph II. noch im Oktober des Jahres 1779 unternommen hatte, um seine Neuerwerbung kennenzulernen, eventuelle Grenzverbesserungen anzustreben und Eindrücke zu sammeln für die Neugestaltung der Administration. In einer im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien erhaltenen Handschrift »Journal von der Reyse anno 1779« hielt der Herrscher den Verlauf dieser Besichtigungstour und seine Eindrücke in knapper Form fest⁹⁸. Über Gmunden, Frankenmarkt und Straßwalchen war der Kaiser am 29. Oktober ins Innviertel gekommen, umritt die Herrschaft Mattsee, die er ebenso wie Straßwalchen, von Salzburg, das ja damals noch ein selbständiges geistliches Fürstentum war, im Tauschwege erwerben wollte, nach Perwang, wo er im dortigen Pfarrhof übernachtete. Von der Spitze des Haunsberges hatte er gemeinsam mit dem General Browne das ganze Land überblicken und so einen Eindruck von dessen Ausdehnung gewinnen können. Der Salzburger Erzbischof Hieronymus Graf Colloredo, der Joseph als aufgeklärter Landesfürst in manchem ähnlich war, ließ sich vom Mattseer Pfleger über alle Schritte des Kaisers genauestens unterrichten, ein Mißtrauen, das, wenn man an die Erwerbungs- und Tauschpläne des Kaisers denkt, nicht ganz unbegründet erscheint. Die Reise ging dann weiter über Wildshut durch den Weilhart-Forst nach Ach gegenüber von Burghausen und von dort nach der Stadt Braunau. Am nächsten Tag besprach sich der Kaiser mit dem Einrichtungskommissär Pocksteiner, den er überaus schätzte, besichtigte die Festungswerke von Braunau und ritt schließlich den Inn entlang über Hagenau, Mühlheim und Kirchdorf nach Obernberg. Weiter ging die Reise über Reichersberg nach der Stadt Schärding, von wo aus er seiner Mutter die aufschlußreichen Sätze schrieb: »Wenn man an das denkt, was hätte gelingen können [nämlich die Erwerbung ganz Bayerns], dann ist die Sache freilich nur gering. An und für sich aber ist dieser Landstrich schön und gut und für Oberösterreich ungemein passend... er wird doch fast 80 000 Einwohner besitzen und sein Erträgnis kann auf eine halbe Million Gulden veranschlagt werden. Die Leute scheinen außer einigen Gutsherren und Amtsmännern zufrieden und guten Willens⁹⁹.« Am 1. November stattete der Kaiser dem Bischof von Passau einen Besuch ab und begab sich dann über Schardenberg und Engelhartzell nach Linz.

Überall, wo der Kaiser erschienen war, versuchte er seinen betont schlichten Lebensstil zu demonstrieren – etwa durch eigene Instruktionen für das Essen und das Nachtlager¹⁰⁰ –, aber auch einen guten Eindruck bei der Bevölkerung zu hinterlassen und mit dieser in Kontakt zu treten. Dies kann man einem Brief

98 Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, Familienarchiv, Hofreisen 10, fol. 1–64; neuerdings transskribiert und im Faksimile zugänglich: Innviertel 1779, Reisejournal Kaiser Josephs II., Generalstabsbericht Oberst v. Seeger. Mit einer Einleitung von F. Engl, Schärding o. J. (1979).

99 A. v. Arneth, Maria Theresia und Joseph II. Ihre Correspondenz, 3. Bd., Wien 1868, 228.

100 Vgl. F. Martin, Kaiser Joseph II. auf dem Haunsberg, in: Mitteilungen d. Gesellschaft f. Salzburger Landeskunde 92 (1952), 156 ff.

an Maria Theresia am 3. November aus Linz entnehmen: »Ich bin sehr erfreut, dieses Land gesehen zu haben und glaube keinen üblen Eindruck auf dessen Bewohner hervorgebracht zu haben.«¹⁰¹

Aber Joseph II. wäre nicht der »Reformkaiser« gewesen, hätte er nicht sofort verschiedene Maßnahmen und Veränderungen geplant. Noch von Schardenberg aus hatte er an den Landeshauptmann Thürheim ein Handbillet gerichtet, in dem er darauf verwies, es sollte die Vermehrung der Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Außerdem sollte dem Übelstand abgeholfen werden, daß mehrere Bauerngüter sich in der Hand ein und desselben Besitzers befänden. Die geplante Salzachregulierung sollte sich der Landeshauptmann besonders ans Herz legen sein lassen, und der Sitz des Kreishauptmannes sollte nicht Braunau, sondern das zentraler gelegene Ried sein. Der Kuriosität halber sei auch darauf verwiesen, daß sich der Kaiser über die ihm auffällig erschienenen zahlreichen Umzäunungen der Wiesen und Weiden mokierte, die seiner Meinung nach einen allzu großen Holzverbrauch bedeuteten. Die Einrichtungskommission des Freiherrn von Pocksteiner sollte eine rationalen Gesichtspunkten folgende Neueinteilung der Gerichtssprengel vornehmen, was jedoch erst nach erfolgter Pfarregulierung geschehen konnte. Das Kloster Suben wurde als einziges der drei Innklöster aufgehoben.

Ein besonders auffällig erscheinender Übelstand wurde allerdings sofort beseitigt. Es war in Bayern üblich gewesen, daß die ursprünglich nur auf Widerruf eingesetzten Pfleger der Landgerichte Adelige waren, die ihr Amt als ein erbliches, als eine Art Pfründe, ansahen und die tatsächliche Amtstätigkeit rechtskundigen Personen überließen¹⁰². Diese Zustände wurden schon in einem Patent Maria Theresias vom 28. August 1779 aufgehoben. Das Verwaltungswesen im Bayern der Karl-Theodor-Zeit war trotz einiger Ansätze nicht sehr befriedigend, eine Tatsache, die vielen Bayern auch bewußt gewesen ist. Erst die Ära des Grafen Montgelas hat ja hier entscheidende Veränderungen gebracht. So kommt es, daß die österreichische Verwaltungstätigkeit im Innviertel, die nun auch entsprechend der österreichischen Praxis von einem eigenen Kreishauptmann in Ried, dem Freiherrn von Stiebar, geleitet wurde, die Bewunderung auch nicht gerade österreichfreundlicher Kreise in Bayern fand. Der gebürtige Amerikaner Benjamin Thompson, Reichsgraf von Rumford, der in bayerischen Diensten tätig war, Aufklärer, Naturwissenschaftler und Politiker in einer Person, Gründer des Englischen Gartens in München, meinte anlässlich der neuerlichen Aktualität der bayerisch-belgischen Tauschpläne, daß seine eigenen Anstrengungen und seine Unabhängigkeit es nicht

101 Arneth (wie Anm. 99), 232. »Je suis charmé d'avoir vu ce pays et je crois n'y avoir pas fait de mal sur l'esprit des habitants.«

102 Vgl. J. Strnadt, Innviertel und Mondseeland, in: Archiv f. österr. Geschichte 99 (1912), 848 f.

ertragen könnten, schließlich in einer österreichischen Provinz zu leben. Die Leistungen der österreichischen Verwaltung im Innviertel aber bewunderte er: »That the flourishing state of the Inn-Viertel entitles the Austrian Government to the highest encounter ist beyond a doubt^{102a}.«

Die Tauschpläne waren trotz des Teschener Friedens in Wien noch lange aktuell, bis in die 90er Jahre des 18. Jahrhunderts¹⁰³. Sie fanden erst ihr Ende, als nach dem Verlust der österreichischen Niederlande die wesentlichste Voraussetzung für die Tauschaktion fehlte. Eine besondere Aktualität erlangte die Frage in den Jahren 1784/85¹⁰⁴. Diesmal war auch die politische Konstellation günstiger als 1778. Denn Rußland war jetzt sogar zur Unterstützung der österreichischen Politik bereit und wirkte auch durch seinen Gesandten bei Herzog Karl August von Pfalz-Zweibrücken, der als präsumtiver Erbe Karl Theodors auf jeden Fall seine Zustimmung zu der Transaktion geben mußte, in dieser Richtung. Die Verhandlungen verzögerten sich jedoch durch eine allzu utilitaristische Haltung in Wien, da man dem Verhandlungspartner die höheren Einkünfte der blühenden niederländischen Provinzen vorrechnete und daher nicht diese in ihrer Gesamtheit vertauschen wollte. Man wollte sich nämlich einen Teil behalten, um damit auch gleich das Erzstift Salzburg zu erwerben, dessen Landesherr Hieronymus Graf Colloredo sich allerdings standhaft weigerte, darüber auch nur in Verhandlungen einzutreten. Außerdem hatte auch die Gegenpartei von der Sache Wind bekommen. Es gelang dem schon bekannten Freiherrn von Hofenfels, den schwankenden Herzog zu überzeugen, daß der Tausch für ihn keineswegs vorteilhaft sei, aber auch Kurfürst Karl Theodor von Bayern selbst war nur bereit, in einen Tausch ganz Bayerns gegen die ganzen Niederlande einzuwilligen. Hierzu kam noch, daß sowohl die bayerischen Stände als auch die Patriotenpartei – wie schon 1778 – heftig gegen das Projekt opponierten. König Friedrich von Preußen tat ein übriges, indem er seiner außenpolitischen Isolierung bei den europäischen Großmächten durch die Gründung eines deutschen »Fürstenbundes« begegnete.

Es ist im Zusammenhang mit den Tauschplänen immer wieder in der Literatur die Frage aufgeworfen worden, inwieweit der radikal-aufklärerische Geheimbund der Illuminaten, dessen Zentrum Bayern gewesen ist, und der auch in Wien einzelne Mitglieder hatte, auf eine Vereinigung Bayerns mit der

102a Zitiert nach Wolf D. Gruner, Benjamin Thompson Reichsgraf von Rumford. Seine Londoner Mission 1798, in: Großbritannien und Deutschland. Europäische Aspekte der politisch-kulturellen Beziehungen beider Länder in Geschichte und Gegenwart, München 1974, 82.

103 A. F. Přibram (wie Anm. 11), 207 ff.; A. v. Vivenot, Die Politik des oesterr. Vice-Staatskanzlers Grafen Philipp von Cobenzl unter Kaiser Franz II., Bd. 2, Wien 1874, v. a. 108 ff., 133 ff., 181 ff., 426 ff. u. öfter; Bd. 3 (bearb. v. H. v. Zeissberg, Wien 1882), v. a. 42 ff., 70 ff., 99 f., 165 ff. u. öfter.

104 Vgl. H. Wagner, Die äußere Politik Kaiser Josephs II., in: HD, 40 f.; Aretin (wie Anm. 37), 80.

Donaumonarchie hinarbeitete¹⁰⁵. Schon der französische Gesandte in München hatte dies 1784 vermutet, allein es sind bisher keine Quellen aufgetaucht, die eine eindeutige Antwort zulassen. Die Tatsache, daß der Sekretär des österreichischen Gesandten Graf Lehrbach, der selbst Mitglied der Wiener Freimaurerloge »Zur gekrönten Hoffnung« war, dem Orden angehörte, ist noch kein eindeutiger Beweis. Auch die zahlreichen Querverbindungen zu österreichischen Illuminaten, etwa in der Loge »Zur wahren Eintracht«, lassen keine eindeutige Stellungnahme zu. Außerdem gingen die Fronten bei dieser Frage quer durch die Parteien, und es gab auch zahlreiche Illuminaten, die einen Anschluß an Österreich ablehnten. Auch die Tatsache, daß die Verfolgung des Ordens in Bayern bald nach dem Scheitern der Austauschverhandlungen von 1785 einsetzte, muß nicht in ursächlichem Zusammenhang damit stehen.

Anders als etwa Graf Rumford empfanden jedoch viele Einwohner des Innviertels selbst die josephinischen Reformen. Es sind einige heimliche Zusammenkünfte bekannt geworden, auf denen mit einer Unterschriftenaktion gegen die neue Kirchen- und Schulordnung protestiert wurde. Und eine Eingabe an das Innkreisamt um Wiedereinführung der alten Kirchenbräuche wurde von diesem verworfen¹⁰⁶. Viele der zahlreichen Brauereien des Innviertels wurden durch die in Österreich übliche hohe Getränkesteuer zur Schließung gezwungen. Als nach dem Tode Josephs die adeligen Stände der Erbländer beim neuen Landesfürsten, Leopold II., gegen die sie betreffenden Maßnahmen seines Vorgängers protestierten, richtete auch der Adel des Innviertels eine Eingabe an Leopold mit dem Bemerken, die seinerzeitige Huldigung beim Anschluß an Österreich wäre auf ein feierliches Versprechen Maria Theresias hin erfolgt, den Adel bei seinen alten Rechten und Freiheiten zu belassen.

Mit großer Verärgerung registrierte die Landesregierung in Linz im Jahre 1794, daß die Innviertler Bauern, besonders die in Grenznähe zu Bayern, sehnlichst wünschten, daß die »Neufranken« kämen, das heißt die Armeen des revolutionären Frankreich, mit dem Österreich sich im Krieg befand, da diese eine Wiedervereinigung mit Bayern bringen würden. Das führt uns zur Frage, ob es eine organisierte Anschlußbewegung gegeben hat¹⁰⁷. Von einer solchen

105 Während Hammermayer (wie Anm. 46), 1030 f., 1050 ff. und zuletzt ders., Illuminaten in Bayern, in: Wittelsbach und Bayern III/1, München 1980, 148, und H. Wagner, Die Lombardei und das Freimaurerpatent Josephs II. von 1785, in: Mitteilungen d. österr. Staatsarchivs 31 (1978), 150, eine aktive Rolle der Illuminaten bei der Beförderung des bayerisch-belgischen Tauschprojekts betonen, läßt etwa R. von Dülmen (Der Geheimbund der Illuminaten. Darstellung, Analyse, Dokumentation, Stuttgart 1975, 68 ff.) diese Frage offen. E. Weis, Montgelas 1759–1799, München 1971, 47, betont, daß »... zahlreiche Illuminaten, die ja in der Mehrzahl der anti-österreichischen Gruppe angehörten [und] für die Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit Bayerns eintraten«.

106 Vgl. z. B. G. Grüll, Bauer, Herr und Landesfürst. Graz-Köln 1963, 439 f.

107 H. Sturmberger, Das Innviertel und Bayern – Wünsche, Propaganda und Fakten seit

»Irrredenta« ist nun nichts zu bemerken, aber gelegentliche Unmutsäußerungen und -aktionen lassen den Schluß zu, daß die Innviertler im allgemeinen lange an ihrem ehemaligen Vaterland hingen, was hauptsächlich durch verwandtschaftliche Beziehungen und gemeinsame Gebräuche mit den Einwohnern jenseits des Inn zusammenhängen dürfte. Auch die Tatsache, daß das Innviertel im Rahmen der bayerischen Geschichte nie eine eigene Einheit gebildet hat, ist in diesem Zusammenhang zu beachten. Bei den Gedenkfeiern an den Frieden von Teschen im Jahre 1879, die in Ried abgehalten wurden, haben Landeshauptmann und Statthalter von Oberösterreich die Gefühle der Innviertler sehr geschickt angesprochen, indem sie diese jahrzehntelange Anhänglichkeit an Bayern als positive Eigenschaft, als besondere Form von Treue hinstellten, die sich nunmehr auf Österreich erstreckte.

Der Friede von Teschen bedeutete noch nicht den endgültigen Verbleib des Innviertels bei Oberösterreich. Nach der Niederlage Österreichs im Kampf gegen Napoleon 1809 mußte es im Schönbrunner Frieden das Innviertel und einen Teil des Hausruckviertels an Frankreich abtreten. Nach einer Broschüre aus dem Jahre 1810 zählte das Innviertel damals 119 000 Einwohner, das ganze Hausruckviertel 183 000, wovon etwa 73 000 auf den abgetretenen Teil entfielen¹⁰⁸. Nach einem kurzen Intermezzo unter einem französischen Intendanten, kam das Gebiet im folgenden Jahr an den bayerischen Verbündeten Napoleons. Das Land wurde damals geteilt, da der südliche Teil zum Salzachkreis, der nördliche aber zum unteren Donaukreis geschlagen wurde. Interessant ist, daß die Grenze etwa dort lag, wo einst auch das straubingische Teilherzogtum seine Begrenzung gehabt hatte. Unter der bayerischen Regierung wurde 1811 auch das Kloster Ranshofen aufgehoben. Die tiefgreifenden Reformen des Grafen Montgelas hatten den Bewohnern des Innviertels das ehemalige bayerische Vaterland entfremdet und die Stimmung schlug deutlich zugunsten Österreichs um. In der Erinnerung mancher Bewohner dürfte die bayerische Zeit als eine Art paradiesischer Zustand präsent gewesen sein, was nun der Wirklichkeit keineswegs entsprach¹⁰⁹.

Als sich Bayern 1813 im Vertrag von Ried auf die Seite der Verbündeten gegen Napoleon schlug, wurde ihm zwar die Größe seines damaligen Besitzstandes garantiert¹¹⁰, es war aber klar, daß Österreich bei einer künftigen Neuordnung der territorialen Verhältnisse seine an Bayern verlorenen Provinzen wieder zurückfordern würde. In dieser Situation erschien in Braunau eine

1779, in: Neue Warte am Inn 1960, Nr. 30. Wiederabdruck in: derselbe, Land ob der Enns und Österreich. Aufsätze und Vorträge, Linz 1979, 478 ff., bes. 479.

108 (J. J. T. Koch-Sternfeld?) Das Innviertel mit dem Hausruckviertel, Salzburg 1810.

109 Darüber vgl. zuletzt: E. Weis, Das neue Bayern – Max I. Joseph, Montgelas und die Ausgestaltung des Königreichs 1799–1825, in: Wittelsbach und Bayern III/1, München 1980, 49–64.

110 Vgl. H. W. Schwarz, Die Vorgeschichte des Vertrages von Ried, München 1933.

anonyme Flugschrift »Der Inn, Baierns Strom aber nicht Baierns Grenze«, die in Anlehnung an Ernst Moritz Arndts Worte über den Rhein zu verstehen ist. Demgemäß plädierte diese Broschüre vehement für einen Verbleib des Innviertels bei Bayern. Der Verfasser dieser Propagandaschrift ist vielleicht der bekannte Publizist Johann Christoph von Aretin gewesen, der damals die Österreich entgegenkommende Politik des Grafen Montgelas bekämpfte¹¹¹.

Es kam aber anders. Nachdem zunächst verschiedene Vorschläge unterbreitet wurden, die Salzburg und das Innviertel bei Bayern belassen wollten – für Salzburg sprach sich vor allem der von der Romantik beeinflusste Kronprinz Ludwig aus, während sich Graf Montgelas aufgrund einer Kosten-Nutzen-Rechnung hier nicht engagierte –, setzten sich in Österreich aber die Militärs durch, die gestützt auf die öffentliche Meinung Kaiser Franz und den zögernden Metternich schließlich dahin brachten, eine harte Position einzunehmen¹¹². Aber der bayerische Marschall Wrede, selbst in den umstrittenen Gebieten begütert, war ein zäher Verhandlungspartner und wollte auch das Innviertel unbedingt bei Bayern behalten. Nachdem eine österreichische Armee an den bayerischen Grenzen aufmarschiert war, kam endlich am 14. April 1816 der Münchner Vertrag zustande, der nun gewissermaßen das Ergebnis des Teschener Friedens bestätigte und darüber hinaus auch Salzburg endgültig mit der Donaumonarchie verband. Hans Sturmberger konnte daher mit Recht feststellen, daß das Innviertel für Oberösterreich »zweimal gewonnen« wurde¹¹³.

Damit war nun jedenfalls auch die alte Rivalität Habsburg–Wittelsbach beendet und eine Verhandlung abgeschlossen, die nach den Worten Metternichs die »lätigste« war, die ihm jemals vorkam¹¹⁴. Die Inn-Salzach-Grenze Österreichs gegen Bayern mag auf den ersten Blick wie eine »natürliche Grenze« wirken. Sie kam jedenfalls erst nach mannigfaltigen Schwierigkeiten und ohne Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung zustande. Was von den

111 Vgl. L. Graf Montgelas (Hg.), *Denkwürdigkeiten des bayerischen Staatsministers Maximilian Grafen von Montgelas (1799–1817)*, Stuttgart 1887, 510.

112 Schon nach Abschluß des Teschener Friedens hatte der österreichische Gesandte Cobenzl gemeint, Österreich habe durch die Erwerbung des Innviertels eine gute Grenze gegen Bayern gewonnen und besitze nun eine Festung (Braunau), die einerseits der Schlüssel Bayerns sei, andererseits Österreich nach Westen hin gegen jeden Angriff sichere (Unzer [wie Anm. 78], 422). Die Forderung einer »Wassergrenze« gegen Bayern ging vor allem auf die österreichischen Militärs zurück (vgl. S. Hiereth, *Der Anfall des Innviertels an Österreich (1779)*, in: *Verhandlungen d. histor. Vereins f. Niederbayern* 97 (1971), 126).

113 So der Titel eines Aufsatzes (*Das Innviertel – zweimal gewonnen*, in: *Oberösterreich* 16 (1966), 2–5, Wiederabdruck in: HD, 21–29). Über den Münchner Vertrag von 1816 (Bittner, *Chronolog. Verzeichnis*, 2. Bd., Nr. 1790) vgl. auch E. Weis, *150 Jahre Pfalz-Bayern. Der Münchner Vertrag von 1816 zwischen Bayern und Österreich*, in: *Stimme der Pfalz* 17 (1966), Nr. 1.

114 A. v. Arneth, *Johann Freiherr von Wessenberg. Ein österreichischer Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts*, 2. Bd., Wien 1898, 44.

Staatsmännern und Diplomaten Europas in Teschen zur Beendigung eines Krieges festgesetzt worden war, wurde 37 Jahre später in bilateralen Verhandlungen erneut verankert.

Ergebnisse

1. Daß gerade das Gebiet zwischen Inn, Salzach und Donau 1779 österreichisch wurde, ist auf die außenpolitische Konstellation und die militärische Situation dieses Jahres zurückzuführen.
2. Der relativ hohe Standard der österreichischen Verwaltung wurde zunächst nicht von der betroffenen Bevölkerung – wohl aber andernorts – als positiv empfunden. Dieses Moment hat sich erst auf lange Sicht günstig für den Habsburgerstaat erwiesen und zur dauernden Verbindung des Innviertels mit Oberösterreich beigetragen.
3. Erst durch die Erwerbung des Innviertels im Jahre 1779 rückte Salzburg stärker als bisher in den Blickpunkt der österreichischen Außenpolitik. Freilich gewann dies erst an Bedeutung nach dem Ende des alten Reiches, das zugleich auch das Ende für das Erzstift bedeutete. Aber schon Joseph II. hatte anläßlich seiner Besichtigungsreise Teile Salzburgs zur Arrondierung erstrebt, und 1784 faßte er dann den etwas abenteuerlichen Plan, den Erzbischof nach Lüttich zu transferieren und Salzburg der Monarchie anzuschließen. Nach dem Wiener Kongreß schließlich wurde Salzburg gleichzeitig mit dem Innviertel endgültig ein Bestandteil des Habsburgerreiches und zunächst der Landesstelle in Linz unterstellt, eine Lösung, die sich freilich nicht als tragbar und endgültig erwies, denn nach der Revolution von 1848 wurde Salzburg ein selbständiges Kronland.
4. Wie wir gesehen haben, war der Erwerb des Innviertels und seine Angliederung an Oberösterreich für dessen Stellung innerhalb der österreichischen Länder von großer Tragweite. Als zwischen 1810 und 1816 das Innviertel und weite Teile des Hausruckviertels an Bayern abgetreten werden mußten, bestanden starke Bestrebungen, die Linzer Landesstelle aufzulösen und das restliche Oberösterreich an Niederösterreich anzuschließen. Die Stände und der Landtag des Landes ob der Enns haben die Bedeutung des jüngsten Landesteiles stets klar erkannt, und als 1848 der Kremsierer Verfassungsentwurf einen Anschluß des Innviertels an Salzburg vorsah, hat der damalige Landtag sofort reagiert, indem er an die Spitze der geplanten Landesverfassung den Satz stellte, daß Oberösterreich ein unteilbares Erzherzogtum sei.
5. Seit der endgültigen Erwerbung des Innviertels und Salzburgs durch Österreich (1816) ist die alte Rivalität zwischen Habsburg und Wittelsbach,

Österreich und Bayern beendet. Das gilt auch für die Zeit nach dem Ende der Monarchien in München und Wien im Jahre 1918.

6. Obwohl schon bald nach der Erwerbung (1779) versucht wurde, die Gegebenheiten des neuen Landesteiles denen des übrigen Österreich durch eine »Einrichtungskommission« anzupassen, hat sich die Andersartigkeit – etwa auf dem Sektor des Gerichtswesens – noch lange erhalten.
7. Schließlich ist das Innviertel die einzige größere Erwerbung, die im Laufe des 18. Jahrhunderts neben vielen anderen der Monarchie zugefallen ist, die heute noch einen wertvollen Bestandteil der Republik Österreich bildet, da hier die nationale Verschiedenheit, die letztlich für den Zerfall des Habsburgerreiches entscheidend war, wegfiel.